

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Sonnabend, den 28. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Parteigenossen!

Der Parteitag in Chemnitz hat die Hoffnungen, die das Proletariat auf ihn gesetzt hat, in reichem Maße erfüllt. Geschlossen und willenskräftig geht die deutsche Sozialdemokratie an die Bewältigung der schweren Aufgaben, die sie zu erfüllen hat. Als Wortführer aller Bedrückten und Beladenen wird sie den entschiedensten Kampf gegen die Aushungerungspolitik der Schutzöllner weiterführen, die in gewissenloser Weise die breiten Massen des Volks darben lassen und frühem Siechtum preisgeben. Allen Versuchen, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter zu hemmen, wird sie den nachdrücklichsten Widerstand leisten. Der Parteitag hat gezeigt, wie notwendig vielmehr der Ausbau der Arbeiterschutzesetze ist.

Gegenüber den Konflikten der Völker, die der Imperialismus immer wieder erzeugt, wird die Sozialdemokratie die internationale Solidarität des Proletariats noch mehr stärken und alles aufbieten, um die drohende grauenvolle Kriegsgefahr zu beseitigen. Allen Kriegsgegnern gilt ihre Feindschaft, dem wahnwitzigen Weltkriege gilt ihr unablässiger Kampf.

Der vom Parteitag beschlossene Ausbau der Organisation wird die Schlagkraft der Partei erhöhen. Zuversichtlich dürfen wir erwarten, daß die Kämpfe um ein gleiches Wahrecht das Proletariat in jüher Entschlossenheit auf dem Platze finden werden.

Gegenüber der organisierten Macht des Unternehmertums erwacht uns die Pflicht, unermüdet daran zu arbeiten, daß die Aufklärung über unser Ziel in immer weitere Kreise dringt, daß unsere Reihen immer mehr gestärkt werden.

Parteigenossen! Sorgt für die Verbreitung unserer Presse! Organisiert Euch! Bringt den letzten Arbeiter in Eure politischen und wirtschaftlichen Kampforganisationen. Nur so könnt Ihr mit Erfolg die schweren Kämpfe durchführen, die Euch bevorstehen!

Noch die völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Berlin, den 27. September 1912.

Der Parteivorstand.

Bebel. Braun. Brühl. Ebert. Gerisch. Haase.
Molkenbuhr. Müller. Pfannkuch. Scheideman.
Wengels. Zieg.

Fortschreitende Reaktion in Dänemark.

Ungenieter und dreister wird mit jedem Tage die Reaktion in Dänemark. Nachdem man sich durch vorläufiges und jahrelanges Fühlen und Taten die Gewißheit verschafft hat, daß man von der gegenwärtigen sogenannten liberalen Regierung nichts Nacheiliges zu befürchten braucht bei eventuellen Angriffen auf die Rechte des Volkes, haben jetzt die Reaktionen alle Scheu abgelegt und gehen ganz offen zum Angriff vor. Ernüchtert und unterstützt von den Großbauern, die den Kern der „liberalen“ Partei ausmachen, ist die Reaktion nur um so mächtiger geworden, und die Regierung wird immer mehr in ihre Arme getrieben, weil sie haltlos hin- und herschwankt zwischen dem liberalen Programm mit den darin enthaltenen volksfreundlichen Reformplänen und Drohungen von rechts, sie in der Versenkung verschwinden zu lassen, wenn sie sich nicht willens der Reaktion ergibt. Zwischen der Regierung der gemäßigt Liberalen unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Klaus Bernsten und dem Führer der angeblich etwas weiter links stehenden Reformliberalen, früheren Ministerpräsidenten Christensen, ist ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Reaktionen aller Schattierungen entstanden. Unter diesen Umständen ist es denn auch kein Wunder, daß die Reaktion triumphiert, daß die wirklich Regierenden die Konservativen sind, trotzdem ein „liberales“ Ministerium an der Spitze des Landes steht. Und seit dem vor wenigen Monaten erfolgten Thronwechsel glauben die Reaktionen erst recht Wind in ihre Segel bekommen zu haben.

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß wohl in keinem Staate des europäischen Festlandes die Bedingungen für eine freiheitliche Entwicklung der Verhältnisse im Innern so günstige waren, wie gerade in Dänemark. Ohne weiteres bewilligte im Jahre 1848 der damalige König eine wirklich freie Verfassung, die leider 1866, in der Zeit der Wirren nach dem verlorenen Krieg von 1864, von der mächtig gewordenen Reaktion bedeutend verschlechtert wurde. Von dieser Zeit aber datiert eine mächtige Volksbewegung, die die Wiederherstellung der Verfassung im Geiste derjenigen von 1848 verlangte. 35 Jahre lang tobte der Kampf um die Forderung, bis es endlich glückte, im Jahre 1901 die konservative Regierung zu stürzen. Die mit Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiter zur Regierung gelangte liberale Partei hatte nun freie Bahn, sie konnte die von ihr selbst so heiß ersehnte freie Verfassung wieder herstellen. Aber sie tat es nicht! Die Forderung eines 35 Jahre langen Kampfes war vergessen. Statt dessen begann die Ära der Liberalen Betrüger- und Sinekurwirtschaft, die mit dem Millionenschwindel Albertis ihren Höhepunkt erreichte. Eine Politik zugunsten der Bauern wurde getrieben, jede Gesetzesvorlage wurde nur unter dem Gesichtswinkel, welchen Vorteil sie den Bauern brachte, ausgearbeitet. Anstelle der in ziemlich beschränktem Maße betriebenen Militärpolitik der gestürzten Konservativen wurde die sogenannte „Verteidigungspolitik“ gesetzt, die seit der Kräfte des Landes weit übersteigende Summen verschlungen und das Land in unermeßliche Schulden gestürzt hat. Die „liberalen“ Männer versuchten ihre Regierungskunst auf allen Gebieten, auch einige gute Ansätze in der Sozialpolitik lassen sich verzeichnen, aber die Hauptforderung, ihr ureigenstes höchstes Ziel, die Herstellung der Verfassung von 1848, ließen sie unberücksichtigt. Ein immer wüthender werdender Enthusiasmus für den Militarismus zu Wasser und zu Land und für die Bereicherung der eigenen Klassengenossen ließ die guten Ansätze auf dem sozialpolitischen Gebiete versteinern. Weder auf politischem noch auf sozialem Gebiete geschah etwas Ausreichendes für die Arbeiter, denn in dem früheren Verbündeten mit seinen ewigen Mahnungen an die früher gegebenen Versprechungen lernte man mit der Zeit den gefährlichen Gegner erkennen. Daher entstand im Laufe der Zeit eine immer größere Kluft zwischen den Liberalen und den Arbeitern, aber eine um so intimere Freundschaft mit den Konservativen.

Heute ist zwischen diesen beiden Parteien kaum mehr ein Unterschied zu entdecken. Sie haben bereits begonnen, die Macht unter sich zu teilen. Und zwar so, daß den Konservativen der überwiegende Ausschlag in der Ersten Kammer, den Liberalen dagegen in der Zweiten Kammer zugeteilt ist. Die Intimität geht sogar soweit, daß die Liberalen bei einer in diesen Tagen stattfindenden Ersatzwahl zur Ersten Kammer von den Radikalen und Sozialdemokraten förmlich dazu gezwungen werden mußten, sich um das von den Konservativen bisher innegehabte Mandat zu bewerben. Dieses Mandat kann den Konservativen genommen werden, aber gerade das will die Regierung und mit ihr die liberale Partei verhindern; denn dann steht die konservative Majorität in der Ersten Kammer nur noch auf einem einzigen Mann, dem 88jährigen, vom König ernannten und in der Konfliktperiode der achtziger Jahre so stark hervorgetretenen Erzreaktionär Estrup. Und da dessen Tod täglich erwartet werden kann, versucht die Regierung mit allen Mitteln zu verhindern, daß sie mit der liberalen Partei die Mehrheit auch in der Ersten Kammer erhält.

Die Liberalen und ihre Regierung wollen eine Majorität in den beiden Kammern nicht. Und der Grund dazu ist recht einfach. Um die Finanzreform dem Volke einigermaßen erträglich zu machen, kam die Regierung mit dem Versprechen, daß nun in der kommenden Session mit der Verfassungsreform Ernst gemacht werden müsse. Die Regierung wird auch mit einer Vorlage zur Verfassungsänderung kommen. Wie diese jedoch ausfällt, das weiß die Regierung jedoch heute noch nicht. Wenigstens sagt sie so, obwohl ein Ministerausschuß den ganzen Sommer an dem Entwurf gearbeitet hat. Was von dieser Arbeit bisher an die Öffentlichkeit gekommen ist, zeugt von ziemlich bedeutenden Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Zustand, und die Reaktionen rühren sich gewaltig, das noch nicht geborene Kind einer „liberalen“ Verfassungsänderung totzuschlagen. In der Zweiten Kammer mit der „liberalen“ Majorität wird natürlich die Reform in ihrer radikalsten Gestalt mit Bravo angenommen, in der Ersten Kammer, mit der reaktionären Majorität wird dann die Reform auf ein Minimum reduziert, und beide Teile, Liberale und Konservative,

sind zufrieden. Die Regierung und ihre Partei haben dann wieder einmal gezeigt, daß sie ihr Programm hochhalten; es liegt eben nur an der reaktionären Ersten Kammer, an der alle volksfreundlichen Reformen scheitern.

Mit dieser Redensart haben sich die Liberalen schon so oft um notwendige Reformen gedrückt, ob dies ihnen diesmal wieder gelingt, wird die nächste Zeit lehren. Deswegen erstreben die oppositionellen Parteien das erledigte Mandat zur Ersten Kammer mit einem Liberalen zu besetzen, damit diese Partei in beiden Kammern die Mehrheit erlangt. Dann muß sie Farbe bekennen. Es ist kaum anders möglich, dem dänischen Volke zum Bewußtsein zu bringen, daß es in all den Jahren von den Liberalen auf Schritt und Tritt hintergangen worden ist. Der radikale Ton dieser Demagogen in den Versammlungen, das Umherfucheln mit dem ständig verratenen Programm hat bisher die Wähler immer noch zu betören vermocht. Durch die Verfassungsreform wird die Gefahr eines Sieges der Opposition nur um so größer. Der Ministerausschuß wünscht nichts Innigeres, als eine Sisyphusarbeit mit der Reformvorlage geleistet zu haben. Denn nach Ansicht der herrschenden Kreise in Dänemark besteht für den Arbeiter, für die nichtbesitzende Klasse, kein anderes Recht, als „das Recht auf den Tod“. Das hat vor kurzem der Kopenhagener Universitätsprofessor Dr. Destrup im Studentenverein öffentlich erklärt. Fügt man hier den Ausdruck des jetzigen Ministers Jensen-Sönderup: „Hier in Dänemark ersticken wir bald in Humanität“, und den eines Fabrikanten, dessen Arbeiter in den Streik traten: „Wurst zum Brot ist Luxus für einen Arbeiter“, hinzu, erhält man einen tiefen Eindruck, welche Fortschrittreaktion und Brutalität unter der liberalen Regierung gemacht haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichswohnungsgezet.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in der letzten Sitzung des Reichstages bekanntlich die Anregung zum Erlaß eines Reichswohnungsgezetes gegeben, die den Reichstag veranlaßte, eine Kommission für die Beratung der Angelegenheit einzusetzen. Die Vorschläge der Kommission sind dann vom Reichstag in der Form von drei Resolutionen angenommen worden, wonach die verbündeten Regierungen ersucht wurden, dem Reichstage in der nächsten Tagung „Gesetzesentwürfe betr. Regelung des Wohnungswezens“ vorzulegen. Wie weit die Angelegenheit im Schoße der Regierung oder des Bundesrats gebiehet ist, läßt sich nicht sagen, die Regierungen der Einzelstaaten werden aber inzwischen in der einen oder anderen Form ihre Fühler ausgestreckt haben. So hat im Fürstentum Lippe die Regierung die vom Reichstage für ein entsprechendes Gesetz aufgestellten Richtlinien der Handelskammer und der Handwerkskammer zur Begutachtung unterbreitet. Die Handelskammer beschloß zu antworten, „daß zu einem Wohnungsgezet für Lippe kaum ein Bedürfnis vorliege, der Entwurf aber vom Standpunkt des Handels und Gewerbes zu Bedenken keinen Anlaß gebe.“ Die Handelskammer hat die Bedürfnisfrage glatt verneint.

Man kann noch nicht wissen, wie sich die Lippische Regierung in der wichtigen Frage entscheiden wird, aber wenn sie auf das Urteil der genannten Stellen besonderen Wert legt, so muß denn doch gesagt werden, daß die Handels- und Handwerkskammern zu einer erschöpfenden sachlichen Beurteilung des Problems kaum befähigt sind. In den Handels- und Handwerkskammern sitzen fast nur Leute, die von einer Wohnungsfrage am eigenen Leibe sehr wenig spüren — meist sind die Mitglieder Hausbesitzer. Die Regierungen müssen sich da schon auf andere Weise helfen, wenn sie wirklich vorurteilslos prüfen lassen wollen. Beständen Arbeiterkammern, würden sie zuständiger in der Wohnungsfrage sein als Handels- und Handwerkskammern und sie würden auch ihre Aufgabe erfüllen, dessen kann man versichert sein.

Die zur Wahl kommandierten Eisenbahnunterbeamten

im 1. Berliner Landtagswahlkreis haben dem preussischen Eisenbahnminister eine derbe Abfuhr zuteil werden lassen. Am Dienstag hielten sie eine Versammlung ab, lediglich zu dem Zweck, Stellung zu dem bekannten Geläch der Eisenbahnminister zu nehmen. Der Versammlungsleiter betonte, daß man es hier mit einer direkten Parteinahme der Eisenbahnbehörde zugunsten von Dr. Mugdan zu tun habe. Die unteren Beamten und Arbeiter aber lehnten eine solche Bevormundung entschieden ab. Wo bliebe denn die Initiative der Verwaltung, wenn es sich darum handelte, der Anklage ihrer Beamten, namentlich der Unterbeamten,

abzuhelfen? Regierung und Verwaltung lassen es ruhig geschehen, daß den Armen der Armen durch die teuren Lebensmittelpreise die Taschen zugunsten der Besitzenden gepflündert würden und läßen sich dann noch etwas auf ihre Fürsorge zugute. Worin bestände diese wohl?

In der Diskussion machte sich die herrschende Erbitterung der Unterbeamten kräftig Luft. Es sei vorgekommen, daß sich Unterbeamte an die Armenverwaltung hätten wenden müssen, denn von ihrer vorgesetzten Behörde hätten sie nichts erhalten, man verzichte auch auf die Brosamen, die die anderen Beamten übrig gelassen hätten und verlange endlich ein Gehalt, das wenigstens als Existenzminimum gelten könnte. 1100 Mark Jahresgehalt für einen Unterbeamten in Berlin, der mindestens schon 15 bis 20 Jahre dem Staat für ein noch armseliges Einkommen gedient habe, sei des reichen Klassenstaates Preußen mit seiner „Klassen“auffassung im Wahlrecht durchaus würdig.

Die „Post“ ist über diese Stellungnahme der Beamten und insbesondere darüber, daß man auch einen Sozialdemokraten reden ließ, ganz erschrocken; sie gibt den Beamten den Rat, die „Konsequenzen“ aus ihrer Haltung zu ziehen und sich als sozialdemokratische Parteibeamte an die Futterkrippe der „Genossen“ zu wenden. Der Versammlungsleiter hat sicherlich das erforderliche Talent dazu!

Auch diese peripete Denunziation wird nur die Wirkung haben, die Beamten noch schneller zur Erkenntnis ihrer Lage zu bringen und ihnen zu zeigen, wo sie hingehören.

Der Kongreß für Städtewesen in Düsseldorf.

Eine zweite Auflage der Debatte über Bodenreform entseffelte am Donnerstag der Vortrag des früheren Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Dr. von der Borcht über den Einfluß der privaten Bautätigkeit auf die Entwicklung der modernen Städte. Der Vortragende feierte die private Bautätigkeit als den eigentlichen Träger der Wohnungsversorgung und machte sich das Wort des früheren Oberbürgermeisters Markt von Düsseldorf zu eigen: die völlige Kommunalisierung des Wohnungsbaues sei ein Traum und nicht einmal ein schöner, denn dabei würden die besten Kräfte des Menscheu, Unternehmungslust und Selbstverantwortlichkeitsgefühl beeinträchtigt. Der Redner führte auch eine Reihe schöner Pläne von Terraingesellschaften zur Bebauung großer Gelände, u. a. für das Tempelhofer Feld, vor. Auf die Frage eines Diskussionsredners, wieviele dieser wunderschönen Aufmachungen denn nur für Kleinteutwohnungen bestimmt seien, mußte er freilich zugeben: nur der zehnte Teil. — Der Berliner Terraintönig, Kommerzienrat Haberland sprang dem Vortrager bei, er erklärte, das liege an den großen Anforderungen der Baupolizei; der Bodenpreis sei gar nicht so hoch, wie man immer annehme, aber was drum und dran hänge, die Schaffung von Verkehrswegen machten den Boden teuer, so daß sich der Kleinwohnungsbau nicht mehr rentiere. Auch für das Tempelhofer Feld habe der Fiskus beim Verkauf einen bestimmten Bebauungsplan und eine bestimmte Bauordnung vorgeschrieben, so daß dort an Arbeiterwohnungen nicht zu denken sei. Sehr beweglich schilberte Haberland die unendlich schwere Arbeit eines Mannes, der sich, wie er, mit dem Aufschließen von Terrains beschäftige, wie er mit allen möglichen Behörden verhandeln und von Pontius zu Pilatus laufen müsse, ehe etwas zustande komme. Hätte ein Fabrik- oder ein Bergarbeiter ihn gehört, er hätte sich sagen müssen: da habe ich es doch viel besser, als solch ein Kommerzienrat und Wohlthäter der Menschheit. — Die bodenreformatorischen Redner wiesen es von sich, die private Bautätigkeit erschweren zu wollen. Nur sei Bautätigkeit und Terrainspekulation etwas verschiedenes. Die letztere verteuere den Boden und erschwere gerade dadurch die Bautätigkeit. Zum Bauen sei auch außerordentlich schwer Geld zu bekommen, weil die Hypotheken am Boden haften und nicht am Hause, und die erste Hypothek meist das Kaufgeld sei. Das Hypothekentrecht müsse dahin abgeändert werden, daß zwischen Boden und Haus unterschieden und Baupfand als Hypothek auf das Haus, gesondert vom Boden gegeben werde. — Diesen Gedanken sprach Herr Pohlmann auch in einem besonderen Vortrage über die zweiten Hypotheken weiter aus.

Relevante Beiträge zu den Ursachen unseres Wohnungsjammers lieferte der Vortrag von Dr. Högermann-Berlin über die Freilagen im Bebauungsplan. Seit 1858 der Berliner Bebauungsplan für vier Millionen Menschen geschaffen wurde, nahm man auf Erhaltung von Freilagen überhaupt keine Rücksicht. Bei der schnellen Bebauung des Köpenicker Feldes war die einzige Frage, die die Regierung ernstlich erwog: wo legen wir bei dem gefährlichen Zusammenströmen von Proletariatsmassen die Defensivkajette hin? Der Boden geht durch viele Hände, ehe er zur Bebauung kommt. Dadurch wird er ins Ungemessene verteuert und die Wohnungsproduktion ganz irrational. — Der frühere Kolonialminister Deuburg äußerte hierüber, wenn man Seife nach demselben System produzieren wollte, nach dem Berliner Wohnungsjäger hergestellt werden, so wäre die Seife teurer als Rosinus. Viele Städte bemühten sich ja jetzt erzwungener Weise, der Boden Spekulation entgegenzutreten. Leider unterstützte der Staat das Bestreben der Städte nicht. Hierfür führte der Vortragende mehrere Fälle an.

Aus der Fülle der sonstigen Vorträge haben wir noch den des Lehrers Schäfer-Köln über Mittelschule und Volksschule hervor. Der Redner wandte sich sehr lebhaft dagegen, die Mittelschule in den Vordergrund der Schulreform zu stellen und darüber die zeitgemäße Pflege und Ausgestaltung der Volksschule zu vergessen. Mit Recht bezieht er die Einführung der Mittelschule als einen einseitigen Schritt zur ungenügenden Sicherung unseres Volkes von Jugend auf, durch den die Volksschule in aller Form zur Armenschule herabgedrückt werden müsse. Die Volksschule habe vor allen die Aufgabe, zur kulturellen Hebung der Gesamtheit beizutragen. Für sie ist daher eine zeitgemäße Reform dringend notwendig. Das Prinzip der Differenzierung der Schüler nach der Begabung müsse in weitestgehendem Maße als bisher durchgeführt werden. Vor allem

müsse die Volksschule achtklassig werden, damit das letzte und wichtigste Schuljahr gebührend ausgenutzt werden könne. Auch ist in den höheren Klassen ein freiwilliger fremdsprachlicher Unterricht einzuführen. Durch solche und andere Reformen — wir nennen vor allen noch die Herabdrückung der Klassenfrequenz — wird die Volksschule in weitgehendstem Maße das leisten, wofür man jetzt vielfach glaubt, Mittelschulen schaffen zu sollen. — In der Diskussion traten mehrere Redner lebhaft für die Berechtigung der Mittelschule ein.

Raum glaublich.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird geschrieben: „Ein Erlass des Ministers des Innern und des Kultusministers, der sich mit dem Fürsorgewesen beschäftigt, erregt zurzeit den lebhaftesten Unwillen der beteiligten Kreise, insbesondere der Gerichts- und Gefängnisärzte. Dieser Erlass „regelt“ unter anderem auch das Züchtigungsrecht der Hausväter in Fürsorgeanstalten und hält die körperliche Züchtigung schulentlassener Mädchen seitens der Anstaltsorgane ohne Zuziehung eines Arztes für zulässig. Einem solchen Erlass kann, wie in Wertekreisen hervorgehoben wird, nicht scharf genug entgegengetreten werden. Eine Züchtigung der Mädchen, namentlich in der Pubertätszeit, die noch dazu von ungeschulten Hausvätern oder gar deren Gehilfen ohne fachverständige Heranziehung eines Arztes ausgeübt werden darf, kann zu dauernden schweren Schäden, nicht allein in körperlicher Beziehung, führen.“

Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein solcher Erlass von einer Regierung im 20. Jahrhundert herausgekommen ist. Unwillkürlich legt man sich die Frage vor: Leben wir in Rußland oder im Land der Dichter und Denker?

Notstands-Interpellation im bayerischen Landtage.

Durch den unablässigen Regen haben die Kleinbauern in den Mittelgebirgen der Rhön, im Speßart, Fichtelgebirge, Bayerischen Wald schwer gelitten. Das dort späte reife Getreide konnte nicht vor Eintritt der Regenperiode geerntet werden; namentlich der Hafer und die Gerste wuchsen auf und faulten. Auch die Kartoffeln sind vielfach gefährdet und der Grummet größtenteils verloren. Auch wo das Getreide noch geborgen werden konnte, findet es, weil es feucht ist, keine Käufer. Es fehlt auch an Saatwuchs für das nächste Jahr.

Wegen dieses Notstandes interpellierte das Zentrum am Freitag im bayerischen Landtage und verlangte Staatshilfe für die geschädigten Kleinbauern. Der Minister v. Soden erkannte zwar an, daß jene Gebiete besonders schwer getroffen seien; da aber von einem allgemeinen Notstande nicht geredet werden könnte, verweigerte er jede Staatshilfe — die Leute sollten ihre Not aus eigener Kraft überwinden. — Aus dem Zentrum fand sich niemand, der den Minister wegen dieser Verhöhnung hungernder Kleinbauern angriff; einige dankten ihm sogar für seine Erklärung. Nur einer bedauerte den kühlen Ton der Antwort. Allein unser Genosse Gentscher, selbst ein Kleinbauer, griff den Minister heftig an und forderte unverzüglich Hilfe zur Milderung des unbestreitbaren Elends. Der Minister antwortete überhaupt nicht mehr, und die Besprechung der Interpellation endigte ohne jedes Ergebnis.

So hilft man der Landwirtschaft, wenn es sich blos um Kleinbauern handelt!

Protest gegen Mugdan.

Im 1. Berliner Reichstagswahlkreis fand am Donnerstagabend eine fortschrittliche Protestversammlung gegen die Steuerreform statt. Der Abg. Wiemer hatte das Hauptreferat, er griff die Regierung wegen ihrer Unfähigkeit scharf an. Nach ihm sprach der Reichstagspräsident Kämpf, der den Wiemerischen Ausführungen beipflichtete und erklärte: Er habe sich aus bestimmten Gründen bisher gewisse Rücksichten auferlegen müssen. Bei einer so kapitalen Frage hatte er sich aber für verpflichtet, jede Rücksicht fallen zu lassen. Er nehme keinen Anstand, zu erklären, daß er in dieser Frage, wie es ja selbstverständlich sei, auf dem Boden des Programms der Fortschrittler stehe. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen.

Bis dahin hat die Versammlung nichts, was von den üblichen Steuerungsversammlungen abweicht. Nun steht aber im ersten Berliner Kreise auch eine Landtagswahl bevor, die Erziehung für den verstorbenen Abgeordneten Traeger. Der Vorstand der fortschrittlichen Volkspartei hat den bisherigen Reichstagsabgeordneten Mugdan als Kandidaten aufgestellt und diese Kandidatur ist weiten Kreisen der Fortschrittler nicht gerade sympathisch. In der Diskussion versuchte ein Versammlungsteilnehmer, die Kandidatenfrage für die Landtagswahl zur Sprache zu bringen. Der Vorsitzende unterbrach den Redner energisch und bedeutete ihm, daß er nur zu der Steuerungsresolution sprechen, die Kandidatenfrage aber unter keinen Umständen behandeln dürfe. Als in der Versammlung über dies Auftreten des Vorsitzenden sich starker Unwille bemerkbar machte, entschuldigte sich der Vorsitzende mit dem Einwand, er könne nicht dulden, daß der Eindruck des Abends verkümmert werde.

Wiemer sprach im Schlußwort nicht mehr über die Steuerung, er führte aus: Ich glaube aus kurzen Andeutungen entnehmen zu haben, daß ein Teil dieser Versammlung den Wunsch gehabt hat, über die Kandidatenfrage zu sprechen. Ich kann durchaus verstehen, wenn die Meinungen über den Kandidaten auseinandergehen. Aber ich möchte doch den Herren vor Augen halten, daß sie in der gegebenen Versammlung darüber zu sprechen haben. (Zwischenrufe, aus denen hervorgeht, daß der Fortschritt solche geeignete Versammlungen bisher nicht veranstaltet hat.) Wir wollen gemeinsam arbeiten, um den Sieg zu erringen. Wir können mit Stolz darauf hinweisen, daß wir gegenwärtig die geschlossenste und einheitslichste Partei in Deutschland sind.

Die letzte Behauptung Wiemers erscheint uns angehts gerade der Versammlung, in der sie gefallen ist, etwas sehr gewagt zu sein. Man läßt sich auch im Fortschritt nicht mehr ohne Widerspruch einen Mugdan aufhängen.

Der Prozeß Borchardt-Leinert und die Wünder.

Noch vor der Urteilsfällung versucht die „Deutsche Tageszeitung“ an dem Prozeß Borchardt-Leinert zu retten, was zu retten ist. Ein Herr P. B., nach den Initialen und dem Inhalt des Artikels könnte es der durchgebildete konservative Rechtsanwalt Paul Bredereck sein, quält sich in einem ganzen Leitartikel mit der Frage, ob und wie die Rechtsgültigkeit des Hausknechtspatragraphen zu erlangen ist. Der Artikelschreiber wendet sich u. a. auch gegen eine nie versuchte Beeinflussung des Gerichts, kommt aber dann selbst zu Ausführungen, die nicht anders gedeutet werden können, als der Versuch, die Richter unter allen Umständen für seine Anschauung zu gewinnen.

„Für uns kommt es nur auf eins an: Daß das Gericht sich von der Rechtsgültigkeit des § 66 überzeugt haben möge. Man braucht diese Bestimmung keineswegs für ideal oder auch nur für besonders zweckmäßig ansehen, muß aber doch ihre Rechtswirksamkeit gesichert wünschen, da ein besseres Mittel, den Einreisen unwürdiger Zustände im Abgeordnetenhaus vorzubeugen, nicht gefunden ist. Selbst wenn das Gericht den Angeklagten, anstatt ihre provozierende Haltung in entgegengelegter Richtung zu bewerten, ein solches Maß guten Glaubens zubilligen sollte, daß es sie freispräche, wäre der Zweck des Prozesses mit einer Klarstellung dieser Rechtsbeständigkeit erfüllt. Allerdings ist ein solcher Ausgang mehr als unwahrscheinlich, da sich hier mindestens dolus eventualis in einer Weise geradezu aufdrängt, die nicht gut zu übersehen ist: Die Angeklagten haben doch mit vollstem Bewußtsein eine Disziplinarvorschrift übertreten und wollten es eben darauf ankommen lassen, ob sich nicht vielleicht ihre formelle Ungültigkeit durchsetzen lassen könnte.“

Das Verteilblatt dürfte kaum Glück mit dem Versuch haben, den Richtern seine Meinung zu suggerieren. Außerdem aber liegt die letzte Entscheidung auch nicht bei den Berliner Richtern.

Krach im Bunde der Landwirte.

Der „Post“ wird gemeldet: Zu einer Spaltung im Bunde der Landwirte hat der Ausschluß der Abgeordneten Kirßen und Krieger geführt, welche für die Wahl eines sozialdemokratischen Präsidenten eingetretene waren. Der Landesverband des Bundes der Landwirte erklärt jetzt, daß er aus dem Bunde austreten würde, wenn der Ausschluß der beiden Abgeordneten aufrechterhalten würde.

Der eiserne Befehl in der Zentrumspartei.

Der Parteitag des schlesischen Zentrums, der am 26. September in Beuthen tagte und von 200 Delegierten besucht war, hat einstimmig beschlossen, den auf dem Boden der Berliner Richtung stehenden Mitgliedern der katholischen „Aktion“ die weitere Mitgliedschaft bei der Zentrumspartei zu untersagen. Der Beschluß wurde in folgender Form gefaßt: Die Vertrauensmännerversammlung des schlesischen Zentrums hält eine fernere Zugehörigkeit der Mitglieder der katholischen „Aktion“ mit der Mitgliedschaft zur Zentrumspartei für unvereinbar. — Von dem Ausschluß werden betroffen: der Reichstagsabgeordnete für Fraustadt-Dissa, Graf Dppersdorff, der Herausgeber von „Wahrheit und Klarheit“, der frühere Abgeordnete für Reichenbach-Neurode Fleischer; der Herausgeber des „Katholischen Deutschland“, Karl Nieborowski, sowie eine große Anzahl von Geistlichen und Laien in Breslau und Schlesien.

Das führende Organ der Zentrumspartei in Breslau, die „Schlesische Volkszeitung“ begrüßt diese Entscheidung und sagt: Die Zentrumswähler werden dem Parteitag Freude und Dank entgegenbringen, daß er das Tischtuch so scharf und energisch zerschnitten hat. Er war die allein maßgebende Instanz und hat erklärt, daß die katholische „Aktion“ mit der Zentrumspartei nichts mehr zu schaffen habe, sondern bekämpft wird wie jeder andere Feind.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 28. September.

Wächung, Bauarbeiterverband, (Sektion der Sozialerer)! Wegen Nichtanerkennung des Vertrages ist die Firma Haacke-Celle gesperrt; für den Bezirk Lübeck kommen folgende Arbeitsplätze in Betracht: Kühlhausneubau, Schwartauer Allee, und Chemische Fabrik Dänischburg. Kein organisierter Kollege darf dortselbst in Arbeit treten.

Der Zweigvereinsvorstand.

Der hiesigen liberalen Volkspartei den Rücken gekehrt hat die Vorsitzende des Lübecker Vereins für Frauenstimmrecht, weil die fonderbaren Liberalen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau nicht wollen. Dieser Schritt ist nur konsequent; dennoch fand er begrifflicher Weise bei den „Fortschrittler“ keine Billigung, weil die Minorität sich der Majorität zu fügen habe! Die Majorität schlägt den wirklich liberalen Forderungen ins Gesicht und dann verlangt sie noch, daß überzeugte Liberale in ihrer Gemeinschaft bleiben sollen. Ein sonderbares Ansinnen.

Vorsicht vor zweifelhaften Inseraten! In der bürgerlichen Presse erschien Anfang September folgende Anzeige:

Auslandsreisen.

Anst. d. jg. Leute aller Berufe, w. Stell. auf Passagierdampfern suchen, werden um nähere Angab. gebet. Intern. Reisebur. Hamburg 4.

Ein Arbeiter, der dieses Inserat las, war der begrifflichen Ansicht, das „Internationale Reisebureau“ in Hamburg wolle Stellen auf Passagierdampfern vermitteln. Er schrieb deshalb an die angegebene Adresse, daß er eine fernmündliche Stellung suche. Darauf erhielt er folgendes Antwortschreiben:

Internationales Auskunfts- und Reisebureau, Hamburg.

Hamburg, den 9. September 1912.

Herrn A. L. Kiel.

Wir bestätigen Ihnen den Empfang Ihres Schreibens und machen Ihnen die Mitteilung, daß wir sofort weitere Veranlassung genommen haben und Ihnen morgen Näheres übersenden werden, damit Sie sich die erforderlichen Geschäftsbriefe beschaffen, um baldmöglichst mit einer Ihnen nomhaft gemachten Reederei zwecks Einstellung direkt in Verbindung treten zu können.

In der Erwartung, daß Sie sich stets bemüht halten werden, Ihre Verpflichtung bis zur Zufriedenheit Ihrer Vorgesetzten zu erfüllen, machen wir Sie noch darauf auf-

merksam, daß die Existenzbedingungen bei den noch mitgeteilten Reedereien als die denkbar günstigsten zu bezeichnen sind; zumal neben freier Station durchschnittlich ein Gehalt von 50—85 Mk. per Monat gezahlt wird (außer dem Gehalt können Stewards und Friseur noch 150 bis 250 Mk. und mehr an Trinkgeld verdienen, daher wird ganz besonders auf Anmusterung günstiger Schiffe gesehen.)

Für die durch Aufwand an Speisen sowie Portos usw. unserer Firma erwachsenden Unkosten berechnen wir nur eine Minimalgebühr von 3,50 Mk. und werden diese der Einfachheit wegen durch Nachnahme erheben.

Andere Gebühren für ärztliche Untersuchung oder Bemühungen hinsichtlich des Gehezes vom 2. Juni 1910 kommen nicht in Anschlag, insofern sich unsere Tätigkeit auch nicht in seine Grenzen zieht.

Unter den verschiedenen seemannischen Berufen haben Sie bis zur ärztlichen Untersuchung Ihrer bisherigen Tätigkeit entsprechend freie Wahl, da Sie es doch am besten wissen, für welchen Sie am Geeignetesten sind und Interesse haben.

Inzwischen zeichnen wir hochachtend
(Stempel): Internationales Auskunfts- und Reisebureau
Hamburg, Dir. E. Dödenhöft

Der Arbeiter faßte auch dieses Schreiben so auf, als wolle ihm das „Internationale Auskunfts- und Reisebureau“ eine Stellung bei einer Reederei besorgen, und zwar gegen eine Vermittlungsgebühr von 3,50 Mk. Hocherfreut war er deshalb, als er schon am 11. September von dem „Internationalen Reisebureau“ in Hamburg 4 (Lafstraße), einen über 3,50 Mk. lautenden Nachnahmebrief erhielt, auf dem der Vermittler „Gilt“ stand. Gern bezahlte die Stellungsuchende die 3,50 Mk., war er doch der festen Überzeugung, daß dies das Feuergeld sein sollte und ihm in dem Briefe mitgeteilt werden würde, bei welcher Reederei ihm eine Stellung vermittelt worden war und wann er die Stellung antreten sollte. Wer beschrieb aber seine Enttäuschung, als er den „eiligen“ Brief öffnete und entdeckte, daß ihm darin keine seemannische Stellung vermittelt worden ist, sondern daß darin nur die Adressen der vier bedeutendsten deutschen Reedereien, sowie die notwendigen Legitimationspapiere und die angeblich gezahlten Durchschnittslöhne mitgeteilt werden! Zum Schluß „empfiehlt sich“ das „Internationale Auskunfts- und Reisebureau Hamburg“, indem es den Empfänger „für seine seemannischen Beruf das Beste wünscht!“ Für dieses Schreiben schien dem Arbeiter die bezahlte Summe von 3,50 Mk. denn doch etwas zu hoch zu sein.

Rechtlich ist nun leider gegen das famose „Internationale Auskunfts- und Reisebureau“ nichts zu unternehmen, weil ja weder in dem Zeitungsinserat noch in dem ersten Briefe direkt die Vermittlung von Stellen versprochen wird. Ein harmloser Leser aber vermutet nicht, daß es sich nur um die Vermittlung von (jedem Kinde bekannten) Adressen handelt und daß dafür eine „Vermittlungsgebühr“ von 3,50 Mk. verlangt wird. Allerdings ist der Trick ja nicht neu: in ähnlicher Weise gehen oft auch „pfliffige“ Leute vor, die in Inseraten „hohen Nebenverdienst“, „Abfindung von 3000 Mark für Annahme eines Kindes“ und ähnliches versprechen. In allen diesen Fällen werden denen, die den „schlau“ Inferenten auf den Leim gehen, für die bezahlte „Vermittlungsgebühr“ nur wertlose Adressen vermittelt. Darum muß man gegenüber solchen zweifelhaften Anzeigen der Skandalpresse die allergrößte Vorsicht üben, wenn man sich vor Enttäuschung und Schaden schützen will.

Strafkammer vom 27. September. Ob der Wirtschaftsbetrieb am Strandbahnhof in Travemünde Konzessionspflichtig ist, darüber hatte die Strafkammer heute zu entscheiden. Der Bahnhofswirt S. übernahm im Mai den Betrieb, ohne die Konzession einzuholen. Er war der Meinung, und zwar auf Grund einer Auskunft von der Bahn, eine Konzession nicht nötig zu haben, weil der Wirtschaftsbetrieb am Strandbahnhof einen Teil des Bahnhofs bildet. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 10 Mark Geldstrafe wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung. Nur wenn der Betrieb im größten Maße ausschließlich dem reisenden Publikum und den Angestellten dienen würde, wäre eine Konzession überflüssig. Dies trafe beim Travemünder Strandbahnhof nicht zu. Zudem sei dem Angeklagten auch gestattet, Getränke über die Straße zu verkaufen, auch könne jedermann ohne Billett oder Bahnsteigkarte die Wirtschaftsräume betreten. Der Verteidiger machte geltend, daß der Pächter M. J. Z. wohl unter Protest die Konzessionsgebühr bezahlt habe. Die Zivilkammer hätte dann die Klage abgewiesen und das Oberlandesgericht habe nicht dahin entschieden, ob die Konzessionsgebühr bezahlt werden müsse oder nicht, sondern sei von dem Grundsatze ausgegangen, der Protestierende habe die Konzession beantragt, dadurch seien der Polizei Mühen entstanden, und deshalb hätte die Gebühr bezahlt werden müssen. Die Hauptfrage sei durch jenen Protest leider nicht entschieden worden. Von Rechts wegen gehöre diese Angelegenheit vor ein Zivilgericht. Jedenfalls gehe es einen Bahnhof, der nur dem reisenden Publikum diene, überhaupt nicht, eine solche Vorchrift könnte auch zu leicht umgangen werden. Das Gericht verwirft die Berufung. Die ganze Ausstattung der Wirtschaftsräume sei nicht nur für die Reisenden geschaffen, eine Wartezeit komme kaum vor, Travemünde Strand sei Endstation. Die Bahnhofswirtschaft könnte von den Reisenden allein kaum bestehen. Der Angeklagte hätte als selbständiger Gastwirt die Konzession einholen müssen, weil die Wirtschaft sein Betrieb der Lübeck-Büchener Eisenbahn sei.

Der Verkauf frischer Seefische hat infolge der anhaltenden großen Fleischverwertung in Lübeck schon einen recht erheblichen Umfang angenommen. Nicht nur die vom Polizeiamt und von der Markthallenverwaltung veranstalteten Fischverkäufe erfreuen sich regen Zuprucks, sondern auch die Seefische, welche in größeren Quanten von privaten Händlern auf den Markt gebracht werden, finden schnellen Absatz. Eine Wanderung durch die Markthalle, die wir heute vormittag unternahmen, lieferte den besten Beweis dafür. Infolge der durch den ständigen Verkauf eintretenden Konkurrenz ist erfreulicherweise ein allgemeines Sinken der Fischpreise zu beobachten. Am Montag vormittag findet seitens der Markthallenverwaltung wieder ein Verkauf frischer Nordseefische statt.

Vorträge der Oberschulbehörde im Winter 1912/13. Man schreibt uns: Die Oberschulbehörde wird in diesem Winter zahlreichen an sie gelangten Wünschen entsprechend eine Erweiterung ihrer Vorträge vollziehen. Indem sie statt der bisherigen vier nunmehr sechs Serien bieten wird. In der ersten Hälfte des bevorstehenden Winters wird Herr Museumsdirektor Dr. Schaffer über die Geschichte der mittelalterlichen Kunst sprechen und zwar vom 14. Oktober an an allen Montagen bis Weihnachten. Die Vorträge werden durch Hunderte von Lichtbildern ergänzt werden. An den Donnerstagen des November wird der Privatdozent an der Kieler Universität Herr Dr. Hoffmann, z. St. Hilfsarbeiter im Königlich Preussischen Kultusministerium, sprechen über die „heutigen Kolonialreiche“. Endlich wird Herr Chefredakteur Dr. Hansen am 25. Oktober und an den drei ersten Freitagen des November über die „Öffentliche Meinung und Zeitungswesen“ vortragen. In der zweiten Hälfte des Winters stehen dann noch folgende Serien bevor: Handelskammer-Syn-

dikus Dr. Wallroth: „Die wirtschaftliche Bedeutung Russlands“. Augenarzt Dr. med. Schlobmann: „Vom menschlichen Sehen“ (Mit Lichtbildern). Schulrat Professor Dr. Weyhgram: „Ausgewählte Fragen aus dem Gebiete des Höheren und des Volksschulwesens“. Das Nähere über alle geplanten Vorträge wird demnächst durch Inserate und Anschläge bekannt gegeben werden.

Das Begräbnis des ermordeten Kaufmanns Fischer fand gestern unter zahlreicher Beteiligung in Schlutup statt. Die Grabrede hielt der Vater des so jäh durch ruchlose Hand ums Leben Gefommenen, der bekanntlich als Pastor in Schlutup wirkt.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfennig für je 20 Gramm) Kronprinz Wilhelm ab Bremen 1. Oktober, Amerika ab Hamburg 8. Oktober, Prinz Friedrich Wilhelm ab Bremen 5. Oktober, Kaiser Wilhelm II. ab Bremen 8. Oktober, Kaiserin Auguste Viktoria ab Hamburg 12. Oktober, Kaiser Wilhelm der Große ab Bremen 15. Oktober, Cincinnati ab Hamburg 17. Oktober, George Washington ab Bremen 19. Oktober, Kronprinzessin Cecilie ab Bremen 22. Oktober, Pennsylvania ab Hamburg 23. Oktober, Kronprinz Wilhelm ab Bremen 29. Oktober, Präsident Lincoln ab Hamburg 1. November. (Wochenschluß nach Ankunft der Frischzüge.) Alle diese Schiffe außer „Cincinnati“, „Pennsylvania“ und „Präsident Lincoln“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der zweiten Septemberwoche, vom 8. bis zum 14., in den meisten deutschen Städten gegen die Bormoche etwas verschlechtert, wenn auch andererseits die Sterblichkeit in einzelnen Städten, wie Berlin und Dresden, dieselbe geblieben ist. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Städten mit mindestens 75 000 Einwohnern in Altona 17,3, Berlin 10,3, Berlin-Nichtenberg 10,1, Berlin-Schöneberg 9,4, Berlin-Wilmersdorf 7,5, Braunschweig 15,0, Bremen 10,3, Charlottenburg 9,9, Frankfurt am Main 11,0, Hamburg 12,2, Hannover 10,3, Kiel 10,6, Leipzig 11,7, Lübeck 11,9, Magdeburg 15,3, München 13,2.

Hamburg. Schadenersatz wegen Sperre. Das Reichsgericht hat am Montag abermals eine Entscheidung getroffen, die das Vereinigungsrecht der Arbeiter schwer gefährdet. Es hat eine Sperre als gegen die guten Sitten verstößend erklärt, weil die Sperre ohne wirtschaftlichen Zweck lediglich als Strafe für eine Entlassung von Arbeitern erfolgt sei. Die Prozeßgeschichte, in der das Reichsgericht entschieden hat, ist folgende: Am 29. September 1909 ist in „Hamburger Echo“ eine Veröffentlichung erschienen, die sich an die baugewerblichen Hilfsarbeiter richtete und in der gesagt wurde, daß auf einem Neubau des Bauunternehmers B. in Hamburg die Steinträger in ganz frivoler Weise ausgesperrt worden seien. Ehe nicht durch den Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands eine Einigung erzielt und die Differenzen beseitigt seien, sollte der Bau für die Steinträger als gesperrt gelten. Der Aufruf schloß dann mit den Worten: „Arbeiter, beweist eure Solidarität!“ Der betreffende Bauunternehmer B. stellte unter Beweis, daß die Entlassung einen rechtlichen Grund gehabt hat, Klage gegen den Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands zunächst auf Aufhebung der Sperre und dann auf Schadenersatz, weil der Bau durch die Sperre um zehn Tage verspätet fertiggestellt worden sei, was für ihn einen Schaden von 10 000 Mk. bedeutet habe. Das Landgericht Hamburg entschied auf Abweisung der Klage, weil die Sperre nur 10 Tage gedauert und keinen Einfluß auf den entstandenen Schaden des Klägers gehabt habe. Selbst wenn die Sperre nachgewirkt haben sollte, so sei deshalb der Schaden noch nicht auf Maßnahmen des beklagten Vereins zurückzuführen. Das Oberlandesgericht Hamburg dagegen hat den Anspruch des Klägers dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Das Oberlandesgericht führt zur Begründung seiner Entscheidung unter anderem folgendes an: Das Landgericht gibt selbst zu, daß die Verhängung der Sperre an sich ungerechtfertigt gewesen ist. War dies aber der Fall, so hat der Beklagte auch für die Folgen der Sperre einzustehen. Der beklagte Verband ist deshalb auch für diejenigen Wirkungen verantwortlich, die die Sperre nach ihrer Bekanntmachung und Wiederaufnahme der Arbeit geübt hat. Daß solche Nachwirkungen stattgefunden haben, ist bewiesen worden. Für den Schaden ist der Beklagte verantwortlich, wenn die Sperre gegen die guten Sitten verstößt. In bezug auf diese Frage ist davon auszugehen, daß die Verhängung einer Sperre sowohl als auch ihr Zweck einen Verstoß gegen § 226 B. G. B. enthalten kann. Im vorliegenden Falle ist zwar das angewandte Mittel nicht als gegen die guten Sitten verstößend anzusehen, dagegen aber verstößt der Zweck gegen § 226 B. G. B. Das Mittel war berechtigt. Der Beklagte hat die Angaben der entlassenen Steinträger für berechtigt gehalten. Jedoch verstieß der von dem Verband verfolgte Zweck gegen die guten Sitten. Der Verband behauptet selbst nicht, daß er einen als erlaubt anzusehenden Zweck mit der Sperre maßregel verfolgt habe. Um eine Einigung der Parteien zu erzielen, hätte vor dem Gewerbegericht verhandelt werden müssen. Die ausgesperrten Arbeiter klagten aber bereits auf Zahlung des Lohnes. Die Verhängung der Differenzen war also nicht der mit der Sperre verfolgte Zweck. Nach der Überzeugung des Gerichts kann nur als Zweck in Betracht kommen, daß der klagende Bauunternehmer wegen der Entlassung der Arbeiter durch die über ihn verhängte Sperre bestraft werden sollte. Das ist als ein Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen, um so mehr als der Beklagte gewußt haben muß, daß dem Kläger Schaden entstehen werde. Das Reichsgericht hat die gegen diese Entscheidung eingelegte Revision des beklagten Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands jetzt zurückgewiesen.

Kiel. Militärische Scheu vor der Öffentlichkeit. Es ist ein beliebtes Verfahren der Marinekriegsgerichte, bestimmte Prozesse, besonders gegen Offiziere, unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen, „wegen Gefährdung militärischer und dienstlicher Interessen“, wie es immer so schön heißt. Will man ganz sicher gehen, so schreibt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, so wird die Gerichtsverhandlung einfach an Bord eines Kriegsschiffes verlegt. Dann erfährt die Öffentlichkeit überhaupt nichts davon, daß eine Verhandlung stattgefunden hat. Sehr beliebt ist auch das Verfahren, bei Verhandlungen gegen Offiziere auf dem Terminzetteln gar nichts davon zu erwähnen. Die Namen aller Personen, die sich verantworten sollen, stehen auf dem Zettel verzeichnet, nur der Name des Offiziers fehlt. Da ist doch wohl die Frage am Platze: Ist es die Scheu vor der Öffentlichkeit, die zu solchen Maßregeln Anlaß gibt? Wer nichts zu verbergen hat, braucht sich nicht zu verstecken. Hier hat man aber anscheinend etwas zu verbergen. Man

will jedenfalls vor der Öffentlichkeit verbergen, daß auch Offiziere, „Beste und Beste der Nation“, gegen die Gesetze verstoßen. Die Scheu vor der Öffentlichkeit zeigt sich auch in einem Befehl des Kommandos der Marinestation der Ostsee, der in einem Aufenthaltssaum für Mannschaften, die als Zeugen geladen sind, aufgehängt ist. Dieser Befehl, der schon etwas vergilbt ist und anscheinend aus älterer Zeit stammt, verbietet es den Mannschaften, sich mit Zivilisten und besonders mit den Vertretern der Presse über die Gerichtsverhandlungen zu unterhalten. Diese Geheimstrammeret wurde vor einigen Jahren schon einmal im Reichstage zur Sprache gebracht. Nachdem verschwand sie allerdings keineswegs, aber es schien doch, als hätte die Kritik im Reichstage etwas genützt. Jetzt scheint man wieder in den alten Bahnen wandeln zu wollen. Kürzlich soll wieder so ganz in der Stille eine Verhandlung gegen einen Offizier stattgefunden haben. Worin das Vergehen dieses Offiziers bestand, wird natürlich niemand erfahren, denn die Verhandlung soll an Bord des kleinen Kreuzers „Stuttgart“ stattgefunden haben, als dieser nach Beendigung der Flottenmanöver hier im Hafen lag. Militärische und dienstliche Angelegenheiten waren anscheinend nicht gefährdet, denn die Öffentlichkeit soll während der Verhandlung nicht einmal ausgeschlossen gewesen sein. Allerdings war ja kein Zivilist da, das etwa hätte lauschen können. Was mögen wohl die Gründe gewesen sein, weshalb man sich aus dem Bereiche der Öffentlichkeit an Bord eines Kriegsschiffes flüchtete? Soll etwa die Geheimstrammeret wieder systematisch durchgeführt werden? Dann wäre es an der Zeit, im Reichstage noch einmal auf diese Sache zurückzukommen.

Geestemünde. Erfolgreiche Lohnbewegung der Maschinisten auf den Fischdampfern der Unterweserte. Nach eintägigem Ausstand waren die Fischdampferreedereien zu Verhandlungen bereit. Mit einigen minimalen Änderungen wurden sämtliche Forderungen der Maschinisten anerkannt. Mit der Organisation der Maschinisten wurde ein Tarifvertrag auf die Dauer von zwei Jahren vereinbart. Die Gagen sind festgesetzt für erste Maschinisten auf Islanddampfern auf 180 Mk. Anfangsgehalt, steigend nach je sechs Monaten um 5 Mk., auf 200 Mk. für erste Maschinisten auf Nordseedampfern auf 170 Mk., steigend um je 5 Mk. auf 190 Mk., für zweite Maschinisten auf Islanddampfern auf 185 Mk., steigend auf 150 Mk., für zweite Maschinisten auf Nordseedampfern auf 140 Mk., steigend auf 160 Mk. Auf sämtlichen Dampfern, die für Island und Weiße-See-Fahrten in Betracht kommen, werden zwei Heizer gefahren, auch wenn in der Nordsee gefischt wird. Auf Nordseedampfern kommt das Trimmen der Kohlen für zweite Maschinisten in Fortfall. — Damit ist der Kampf der Maschinisten auf den Fischdampfern von Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham beendet.

Soziales.

Folgen der Reichsversicherung. Wie vielen Witwen durch die Reichsversicherungsordnung mitgespielt wird, dafür folgender Beweis: Die Witwe A. L., Recklinghausen, hatte, da ihr Mann am 4. April 1912 gestorben war, am 21. Juni einen Antrag auf Witwengeld und Waisenrente gestellt. Darauf erhielt sie von der Landesversicherungsanstalt Westfalen folgenden Bescheid: „Ihr am 21. Juni 1912 bei dem dortigen Bürgermeisterrat eingebrachter Antrag auf Waisenrente und Witwengeld muß zurückgewiesen werden. Gemäß Artikel 71 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung haben keinen Anspruch auf Fürsorge nach dem 4. Buch der Reichsversicherungsordnung die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder die an dem genannten Tage im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt zu haben. Ihr Mann war seit dem 22. Dezember 1911 dauernd erwerbsunfähig und ist am 4. April dieses Jahres gestorben. Die gesetzlichen Bestimmungen gestatten somit nicht, Ihrem Antrage Folge zu leisten.“ Die betrogenen Witwen und Waisen können sich bei den bürgerlichen Parteien bedanken.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 29. September bis 6. Oktober 1912:

Sonntag, 29. September. „Figaros Hochzeit“. Kom. Oper von Mozart. Montag, 30. September. „Samson und Dalila“. Oper von Saint-Saëns. Dienstag, 1. Oktober. „Donna Diana“. Lustspiel von Moreto. Mittwoch, 2. Oktober. „Die fünf Frankfurter“. Lustspiel von Köhler. Donnerstag, 3. Oktober. Zum letzten Male. „Ein Sommernachtstraum“. Von Shakespeare. Freitag, 4. Oktober. „Der fliegende Holländer“. Oper von R. Wagner. Sonnabend, 5. Oktober. „Samson und Dalila“. Oper von Saint-Saëns. Sonntag, 6. Oktober. Zum ersten Male: „Der Itebe Augustin“. Operette von Leo Fall.

Handels- und Markt Nachrichten.

Hamburger Sternschau-Viehmarkt vom 27. Sept.

Austrieb 4200 Schweine. Markt sehr reger. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 280 Pfd., Tara 20 Proz., 84.— bis 85.— (67.— bis 68.— Mk.). Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 83.— bis 84.— (66,50 bis 67.— Mk.). Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 20 Proz., 82.— bis 83.— (64,00 bis 64,50 Mk.). Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 20 Proz., 82.— bis 83.— (64.— bis 64,50 Mk.). Geringere Ware, Tara 24 Proz., 73.— bis 79.— (55,50 bis 60.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 79.— bis 80.— (63.— bis 64.—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 20 Proz., 72.— bis 78.— (56.— bis 61.—) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 27. Sept.

1. Qualität 195—197 Mk.
2. 115—120 „
Ferner
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter —
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter —
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt 116—120 „
do. II. do. 112—115 „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Wir verkaufen

bis zur Vollendung unseres Vergrößerungsbaues

zu billigen Extra-Preisen.

Heute **Sonnabend** und **Montag, d. 30. d. M.**, erhalten wir grosse Sendungen
Neue Jacken-Kostüme, Kostümröcke
Paletots, Blusen, Kinder-Konfektion

welche wir **unter Preis** eingekauft haben.

Diese Waren gelangen **zu selten billigen Preisen** zum Verkauf.

Wir bitten um gefällige Besichtigung unserer Läger, da nur ein Teil unserer Schaufenster dekoriert werden kann.

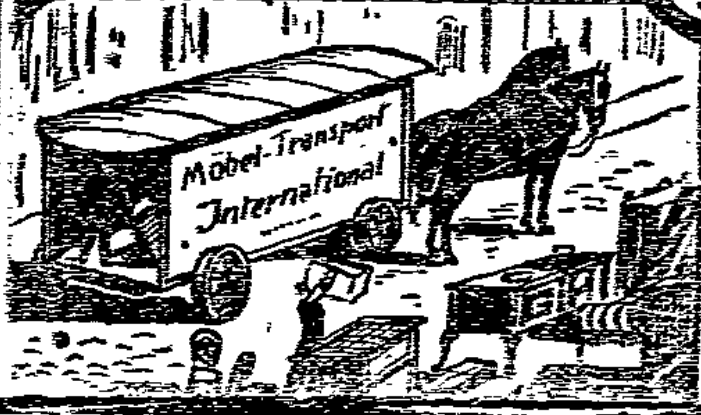
Wir gewähren auf die billigen Preise mit wenig Ausnahmen noch **4 Prozent** oder **Rabattmarken**.

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

8748

Ziehen Sie um?



dann decken Sie Ihren Bedarf an
Eisenwaren, Portierengarnituren,
Rouleaubeschlägen Schössern, sowie allen
Bürstenwaren
 gut und preiswert bei 3700
J. F. B. Grube, Am Markt.

10.50 Hl. 12.50 Hl.



15.50 Hl. 18.00 Hl.
 F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Buchen-Abfallholz
 ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Pfd. pro Stck.
 F. E. Schacht & Co.,
 Reichlinger Allee 41.

Montag, d. 30. September
 3702) Besten Preis

Nordseefische
 (Seelachs und Schellfisch)
 in der Markthalle.
 Schlag des Verkaufes mitt. 1 Uhr.
 Die Markthallenverwaltung.

Willy Koch
 = Zahntechniker =
 Labeck, Holstenstrasse 21.

Trinkt

1708) **Buntekuh-Kümmel**

Dampfer-
 Brennerei Buntekuh.

Betten-Duве liefert bestens und billigst.
 3290 Gr. Burgstr. 32.

Ad. Häbner, Uhren- u. Goldwaren-
 handlg. u. Reparatur-
 werkt. (104) Fünfhausen 13.

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Grösste Auswahl.
 100) Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorräthig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Geben rote Labeck-Rabattmarken.

Zum Umzug
 empfehle
Gardinen

weiß und creme
 Meter von 35 1/4 bis 1.60

Zug-Rouleaus

abgepaßt und vom Stück in jeder
 Preislage. 3735

Tischdecken. Bettvorleger
Läuterstoffe.

Ernst Diederichs
 Bruckesstr. 25 Ecke Warenbrgstr.



Salem Aleikum
Salem Gold

(Goldmündstück)
Cigarette

Etwas für Sie!

No. 3 4 5 Luxus 6 8 10
 3 4 5 Qualitäten 6 8 10 Pfg. & Stck.

Oriental Tabaku
 Cigaretten-Fabrik
 Yenidze, Dresden
 Inh. Hugo Zietz,
 Hoflieferant S.M.A.
 Königs v. Sachsen

Sargmagazin. H. Horenberg, Paulstr. 16.
 Billige Preise. (3651)
 Uebernahme ganzer Beerdigungen. Einkleidung aller Art.

Sparsame Hausfrauen!

Damit Sie möglichst bald Veranlassung nehmen, das hervorragende
 Schmelzwaschmittel RAGODA zu kaufen, geben wir, um die grossen
 Reklamekosten zu sparen, gegen Gutscheine von 10 Pfund bis Ende
 1912 (bis Ende 1913 nur noch von 20 Pfd.) gratis und franko
 3 la. Rip.-Esslöffel, 1 echt silb. oder 3 Alp.-Silb.-Teelöffel, 1 Alp.-Silb.-
 Armband, 1 H. silb. Kollier, 1 hochl. Double-Brosche od. 1 desgl. Ring.
 Weiteres die Prospekte, auch über 30 und 40 Pfund. RAGODA ist
 bestbewährt, hat enorme Wasch- und Bleichkraft - Ohne Chlor und
 garantiert unschädlich. - Prämiert mit höchsten Auszeichnungen.
 Ueberall zu haben. - 1 Pfund nur 55 Pfg., 1/2 Pfd. 30 Pfg.
SCHUMANN & WILLE, Wittenberge.

6698

6028

Die Teuerung.

Unter der Überschrift: „Der Brief eines Arbeiters“ bringt die in Bonn am Rhein erscheinende „Deutsche Reichszeitung“ (Nr. 586), ein Zentrumsblatt, einen Artikel, der wie folgt beginnt:

„Die Not und Armut der arbeitenden Bevölkerung in dieser Zeit der ungewöhnlich hohen Lebensmittelpreise spricht eindringlicher, als es in Reden und Flugblättern geschehen ist, aus dem folgenden Brief eines Tagelöhners, der uns gestern zugeht. Der Mann schreibt:

„Ich bin Tagelöhner, habe eine Frau und fünf Kinder. Das ganze Jahr gehen wir in kein Wirtshaus und machen nichts mit. Wir leben meistens von Schwarzbrot mit etwas Kraut (Rübengelee) oder Klaischkäse geschmiert, auch Kartoffeln und dünner Kaffee. Bei einer solchen Kost ohne Fett und Fleisch, was ja heutzutage alles zu teuer ist, können die Kinder nicht stark werden, und wir selbst fühlen uns auch schwach. Kürzlich sagte mir jemand, daß vielleicht Hundekuchen, unter Kartoffeln oder Gemüße gemacht, eine kräftige Nahrung gebe. Hundekuchen würde aus Fleischabfällen bereitet, und etwas Schädliches könnte nicht darin sein, da die Hunde bei dieser Nahrung kräftig und gesund blieben. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir durch den Briefkasten mitteilen, ob Hundekuchen für die Menschen schädlich ist. Ich möchte gern einmal einen Versuch damit machen.“

Dieser Brief ist eine furchtbare Anklage gegen die ganze Lebensmittelpolitik der Regierung und der herrschenden Parteien, vor allen Dingen auch des Zentrums; denn ohne diese Partei wäre die gegenwärtige Zoll- und Grenzsperrgesetzgebung nicht möglich geworden. Das scheint der Redakteur des Bonner Zentrumsorgans, der den lokalen Teil bearbeitet, nicht zu wissen, denn er schreibt im Anschluß an den Brief des Arbeiters weiter:

„Der Brief enthält leider keine Angabe über den Verdienst dieses Tagelöhners. Es gibt Tagelöhner, die kaum drei Mark pro Tag verdienen. Da ist es begreiflich, daß ein solcher Familienvater, der wie der Einfache, für sieben hungrige Mäuler zu sorgen hat, schwerlich mehr als Brot und Kartoffeln aufbringen kann, wenn er alle fältigen und außerdem für Kleidung und Miete sorgen will. Aber dann fühlt die Familie bald, daß es körperlich bergab geht, und der Mann kommt auf den Gedanken, ob nicht das Futter der Hunde besser sei, als die Nahrung, die er den Seinen bieten kann; denn das Hundefutter enthält wenigstens Fleisch. Der Genuß von Hundekuchen wirkt aber sehr nachteilig auf die menschliche Magen- und Darmtätigkeit und kann unter Umständen schwere Folgen haben. Jener Gedanke dürfte eigentlich in keinem Kopf, auch nicht im Kopfe des niedrigsten Arbeiters mehr aufzukommen brauchen. Man sollte meinen, so schlecht dürfte es heute um keinen deutschen Arbeiter mehr stehen. Und dennoch ist es der Fall. Dieser Brief eines Tagelöhners spricht Bände!“

Trotzdem also Menschen schon zum Hundefutter greifen, um ihren Hunger zu stillen, will die Regierung die Grenzen für Schlachtvieh nicht öffnen im Interesse der Sunker und Agrarier! Erst müssen wohl Hunderte oder

Tausende von Menschen elendig umkommen, ehe unsere für die Sunker sorgende Regierung es magt, einen Schritt gegen die Teuerung zu tun.

Massenerkrankungen werden bereits aus Köln gemeldet. Wie der Beigeordnete Dr. Krautwig am Donnerstag in der dortigen Stadtverordnetenversammlung bekannt gab, waren der Stadtverwaltung Donnerstagabend 101 Erkrankungen offiziell bekannt geworden, die auf Fleischvergiftung zurückzuführen seien. Vierundfünfzig Erkrankte hätten bei demselben Metzger Hackfleisch gekauft, die übrigen bei einem zweiten Metzger im südlichen Stadtteil. Die Erkrankungen seien meistens leicht, es dürfe aber nicht verschwiegen werden, daß auch ernste Erkrankungen vorliegen. In einem Fall sei leider der Tod eingetreten. Die bakteriologische Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, der Staatsanwalt befaßt sich mit der Angelegenheit. — Ohne Zweifel ist hier infolge der Fleischnot krankhaftes Fleisch zum Verkauf gekommen. Die Schlachter werden zur Verantwortung gezogen; den Mitschuldigen aber, die den Notstand durch ihre Unterlassungssünden verursacht haben, wird kein Haar gekrümmt!

Die „Frankfurter Zeitung“ bespricht in einem Leitartikel die Haltung der Fleischer vieler Städte zur Einfuhr ausländischen Fleisches. Wenn die Fleischermeister kein Entgegenkommen zeigen, würden die Kommunen das ausländische Fleisch selbst einführen und verkaufen, und dann werde man sehr schnell auch dazu kommen, sich zu fragen, ob man mit dem inländischen Fleisch nicht ebenso verfahren soll, ob man denn die Metzger überhaupt noch brauche. Wenn die Metzger ihre Macht ausnützen wollen und der Bevölkerung das billige Fleisch vorenthalten, werde man ihre Macht zu brechen wissen.

Unter den Dresdener Fleischern ist wegen des vom Räte aus Dänemark eingeführten Fleisches ein Konflikt ausgebrochen. Der Rat gibt das Fleisch an die Fleischerinnung ab, deren Mitglieder es mit 10 Proz. Aufschlag verkaufen dürfen. Nun wollen auch die der Innung nicht angehörenden Fleischermeister das Fleisch verschleihen dürfen; ihr Verlangen wurde aber vom Innungsobmeister abgelehnt. Die Nichtinnungsfleischler fordern jetzt, daß der Rat den Verkauf selbst übernehme. Der Rat beschloß, den Fleischverkauf auch den sich meldenden Nichtinnungsmeistern zu übertragen. Das dänische Fleisch wird überaus lebhaft verlangt. Der Preis für dasselbe stellt sich auf 75, 85 und 95 Pfg. pro Pfund.

Die Schürker der arbeitswilligen Revolver und Messer!

In der Parteitagswache tagte in Braunschweig der zweite deutsche Mittelstandstag. Nachdem dort unter anderen der bekannte Scharfmacherprophet Dr. Tille berufsständepolitische Tätigkeit gepredigt hatte, sprach man über den „dringenden notwendigen Schutz“ — der Arbeitswilligen. In einer Resolution wird vom zweiten reichsdeutschen Mittelstandstag sogar ausgedehnter Schutz der Arbeitswilligen, als jetzt schon vorhanden ist, verlangt. Außerdem wird auch bedauert, daß die Mehrheit des Reichstages heute gegen ein Zuchtausgesetz ist.

Dem reichsdeutschen Mittelstandstage haben sich in letzter Zeit auch noch andere Organisationen angeschlossen, die gleichfalls zum mindesten die Aufhebung des Koalitionsrechtes, wie es in den Paragraphen 152

und 153 der Reichsgewerbeordnung festgelegt ist, von der Regierung fordern.

Wir lassen die Liste der „Bittenden“ folgen: Aufhebung des Koalitionsrechtes und Schutz des arbeitswilligen Gesindels forderten in jüngster Zeit:

- Reichsdeutscher Mittelstandstag,
- Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe,
- Verband selbständiger Bildhauer, Stukkateure und Gipser Deutschlands,
- Zentralverband der Gipser, Stukkateure und Verzugermeister Deutschlands,
- Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe,
- Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe,
- Arbeitgeberschutzverband deutscher Schlossereien und verw. Gewerbe,
- Verband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede,
- Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensehnergewerbes Deutschlands,
- Zentralverband deutscher Dachdeckermeister,
- Deutscher Arbeitgeberverband für das Plattengewerbe,
- Zentralverband der Jolierfirmen Deutschlands,
- Reichsverband für das Steinleg-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe,
- Hausband für Handel und Gewerbe,
- Zentralverband deutscher Industrieller,
- Handelskammer für Oberfranken,
- Handelskammer Erfurt,
- Handelskammer Linden,
- Verband der sächsischen Industriellen und viele andere mehr!

Planmäßig wird eine Industrieherrenbewegung vorbereitet, die die Regierung davon überzeugen soll, — vielleicht möchte sie sich womöglich ganz gern überzeugen lassen — daß der große Kulturfaktor Gewerkschaften beseitigt, zertrümmert und vernichtet werden muß. Solche Blutpolitik magt man in einer Zeit zu machen, wo kaum ein Monat vergeht, ohne daß einer oder mehrere ordentliche Arbeiter durch Losgelassene, behördlich geschützte und vom Unternehmertum dressierte Arbeitswillige erschossen oder niedergestochen werden.

Das ist die Sozialpolitik der reaktionären Großindustriellen.

Wehren wir uns dagegen!

Auch der letzte Arbeiter muß aufgerüttelt werden, der Letzte muß sich überzeugen von der Notwendigkeit der Organisation, seiner Gewerkschaft anschließen! Bis zum Ärmsten der Armen und zum Elendesten der Elenden muß der überzeugende Gedanke getragen werden, daß Streikbruch seinen Klassengenossen in den Rücken fallen ist. Streikbruch ist Verrat. Auf den Verrat des eigenen Vaterlandes steht der Tod, auf den Verrat der eigenen Klassengenossen wissen die Besitzenden, weiß die Großindustrie die schärfsten Mittel des Boykotts und Terrorismus anzuwenden. Wir haben das nicht nötig; setzen wir jedem Arbeiter, daß er seine Ehre, sein einziges Gut mit den Füßen tritt, wenn er zum Verräter an seinen Klassengenossen wird; ist das jedem klar, dann gibt es keine Lumpen mehr!

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(83. Fortsetzung.)

(Infolge eines bedauerlichen Versehens ist beim gestrigen Feuilleton der Satz unvollständig worden. Wir geben deshalb, des besseren Verständnisses wegen, den in Frage kommenden Teil nachstehend im richtigen Zusammenhang wieder. Red.) Er hielt inne: Reichardt hatte den gespannten Blick plötzlich niedergeschlagen, sich dann rasch erhoben und durchschritt mit schnellen Schritten die ganze Länge des Lokals. Langsam kam er wieder zurück. „Beantworten Sie mir gewissenhaft die eine Frage, Meißner,“ sagte er, vor dem Dastehenden stehen bleibend, „würden Sie die Stelle annehmen, wenn Sie eben nichts Besseres hätten?“

„Ei, ich habe sie versehen, bis die Herren ausfanden, daß ein Kupferschmied mit Brauerei-Kenntnissen sich vorteilhafter verwenden läßt!“ entgegnete der Befragte; „ich habe sie versehen und mich dabei gar nicht übel befunden — das war ich indessen.“

„Gut und jetzt bin ich es!“ entgegnete Reichardt, während ein leises Rot in sein bleich gewordenes Gesicht stieg. „tun Sie für mich, was Sie können, und ich hoffe den Platz auszufüllen.“

Ein eigentümlicher Glanz trat in des Kupferschmiedes Auge, als er die dargebotene Hand ergriff. „Ich wußte ja wohl, daß Sie ein tüchtiges Herz haben“, sagte er, „wenn es sich nur nicht Ihrem eigenen Vortheile in den Weg stellen wollte. Aber es mag sein — laufen lassen, was sich nicht halten läßt!“ setzte er hinzu, als wolle er damit die ihn überkommene Stimmung von sich werfen. „Damit Sie indessen nicht unter falschen Erwartungen eintreten, Professor, so sage ich Ihnen, daß Sie trotz aller Kenntnisse kaum Hoffnung haben, später einmal zu einem Plaze in unserer Office zu avancieren. Es sind neben einem Buchhalter, der sitzen bleiben wird bis an sein Lebensende, mehr Söhne vorhanden, als das Geschäft jemals Clerks brauchen kann. Sie werden sich auf ein Glück von anderer Seite her verlassen müssen, und so, ehe Sie sich mit grober Arbeit die Hände für die Musik verderben, überlegen Sie Ihren Entschluß nochmals reiflich.“

„Ich bin fertig mit mir, und damit lassen Sie es genug sein!“ erwiderte Reichardt, dem Freunde auf die Schulter schlagend und dann seinen Platz wieder einnehmend. „Will mich das Glück finden, so bin ich ihm auch als Porter nicht aus dem Wege — es hängt in der Welt doch nur alles von der Chance ab — und ich werde jede ergreifen, die sich mit Ehren beugeen läßt.“

„Sei's denn so, wenn Ihnen die Hoffnung genügt“, nickte Meißner, nach seinem Glase greifend, „lassen Sie uns darauf trinken; dann aber werde ich Sie in meinem Boardinghaus einquartieren, bis ich alles in Ordnung gebracht habe.“

Am nächsten Morgen standen die beiden Freunde bereits vor dem Geschäftshause, als sich dort langsam die erste Tür aufstieß und eine breitschultrige Gestalt verdrießlich in die Straße hinaus sah. „Die Zeit verschlafen, Henry?“ lachte der Kupferschmied.

„O, der Teufel mag in dem dunkeln Loch aufwachen, und dazu hat mich der Hund in der Nacht nicht schlafen lassen, wollte absolut die Hälfte des Bettes haben.“ brummte der Öffnende, „möcht nicht für lange hier mein Lager haben — indessen denke ich doch, ihr seid die Ersten!“

„Well, bedanken Sie sich, ich bringe die Ablösung,“ rief der erstere launig, „hier Mr. Reichardt, der heute eintritt — und hier,“ wandte er sich an seinen Begleiter, „unser Henry, der mit zwei vollen Whiskyfässern Polka tanzt, unser erster Porter!“

„Auch ein Deutscher?“ erwiderte der Letzgenannte, „das ist recht, wenn er auch,“ fuhr er, Reichardts Finger zwischen seiner breiten schwieligen Hand drückend, fort, „wohl noch kaum ordentlich gearbeitet hat. Es lernt sich aber in Amerika alles, und ich denke, wir werden mit einander hinkommen!“ Mit einem Kopfnicken machte er sich an das Öffnen der übrigen Türen.

„Und nun warten Sie, bis Sie jemand nach der Office hinaufgehen sehen, melden sich dort als den neuen Porter, den der Bill gebracht hat, und das übrige findet sich dann allein!“ sagte Meißner, in das Innere vorangehend — ihnen nach betraten zwei andere Arbeiter mit einem kurzen „guten Morgen!“ den Raum und der Kupferschmied wandte sich in ihrer Gesellschaft dem hinteren Ausgange zu.

„Hier können Sie gleich eine andere Bekanntschaft machen die nahe genug werden wird.“ lachte der zurückgebliebene Porter, auf einen großen Neufundländer Hund deutend, der langsam und sich streckend aus dem Hintergrunde hervorkam, den dastehenden Ankömmling gleichgültig blickend und sich dann gähmend in den Ausgang stellte. „Der Kerl ist wie ein Lamm am Tage, aber er hat vertauselte Mäuler des Nachts. Ich hätte ein richtiges Gesetzt mit ihm bestehen müssen, wenn ich ihm nicht seinen Willen mit dem Bett getan — Sie wissen doch, daß Sie nachts hier schlafen? Können sich gleich die Gelegenheit ansehen, es ist dort unter der Treppe — recht gut, ich habe nichts dawider, nur zu danken und für mich ein bißchen ein.“

„Ich denke, es wird sich wohl alles erträglich einrichten lassen!“ erwiderte Reichardt.

„Erträglich — warum nicht? — der Mensch gewöhnt sich an alles!“ versetzte der andere gutmütig, hing eine große Lederschürze um und folgte den übrigen.

Der Zurückbleibende suchte sich einen Sitz auf einem hervorstehenden Whiststische und schlug die Arme übereinander. Es war nicht die geringste Unsicherheit über das, was er zu tun hatte, in ihm; er wollte seine amerikanische Karriere, von der Wile auf — beginnen und sich durch alle Schwierigkeiten durcharbeiten, wie es schon so viele andere vor ihm getan; er hatte sich selbst gesagt, daß der geringste Gewinn, welchen er sich dadurch erringen konnte, eine praktische Geschäftskennntnis sei. Dennoch hatte er mit sich selbst zu kämpfen, um nicht den Kontrast zwischen seiner jetzigen ungewohnten Umgebung und dem Gesellschaftskreise, in welchem er sich während der letzten Wochen bewegt, zu sehr zu empfinden. Schon das letzte Nachtquartier hatte ihm einen Vorgeschmack des zu Erwartenden gegeben. Fünf Mann in drei Betten schliefen in einer Stube, und der Kupferschmied hatte es arrangiert, daß Reichardt als der Sechste zu ihm gelegt ward. Es herrschte ein Humor und eine Zwanglosigkeit unter den Stubengenossen, die sichtlich von allen Seiten gepflegt wurde, nur daß Reichardt sich nicht so schnell an die direkten, plastischen Ausdrücke, an die verschiedenen aufstauenden Gerüche und den herrschenden Ton im allgemeinen gewöhnen konnte. Selbst Meißner sah eine Ahnung von den Empfindungen des Freundes zu bekommen, als dieser, um allen äußeren Einbrüchen zu entgehen, die Bettdecke über die Ohren zog, und flüsternd ihm zu: „Well, Professor, Sie müssen jetzt die Verhältnisse nehmen, wie sie sind, wir haben hier noch die ansässige Gesellschaft im ganzen Hause!“ Jetzt erstah es ihm fast wie ein Glück, daß er seine Schlafstelle im Stübchen bekam, und unwillkürlich richteten seine Augen sich nach seinem künftigen Gesellschaftler, dem großen Hunde, der noch immer, die Straße beobachtend, in einer der offenen Türen saß. Reichardt war immer ein Hundefreund gewesen und es berührte ihn wie ein gutes Vorzeichen, als das schone Tier leicht seinem Loden folgte, ihm während seiner Abschlüssen aufmerksam ins Auge sah und dann mit seiner Nase eine genauere Inspektion der neuen Bekanntschaft vorzunehmen schien.

Ein kurzer Husten in seiner Nähe machte ihn aufsehen und sein Auge traf auf die Gestalt eines kleinen alten Mannes, welcher einen scharf musterbunden Blick über den Wartenden gleiten ließ und dann die Treppe nach der Office hinaufstieg. Das war, Meißners Andeutungen nach, jener der Buchhalter, und auch Verkauf einiger

Eine Agrarierrechnung.

Wenn die Agrarier anfangen, dem Publikum etwas vorzurechnen, dann kann man sich auf kuriose Dinge gefasst machen. Die Herren sind z. B. gewohnt, die Wohnungen, die sie ihren Arbeitern geben, zu Mietpreisen der Großstadt zu berechnen, das „Deputat“ (die Naturalien) zu Berliner Marktpreisen statt zu den Selbstkosten usw. Kürzlich brachte die „Deutsche Tageszeitung“ eine Rechnung eines praktischen Landwirts, die beweisen soll, wie unrentabel die Schweinemast sei. Hören wir:

Am 1. September 1909 kaufte ich 12 Böcke (8,86 Zentner à 55,00 und 56,00 Mk.) . . . = 491,00 Mk.
 Futter erhielten sie:
 83 Zentner Gerstenschrot à 7,00—8,00 Mk. . . = 592,20 „
 28 „ Weizenfuttermehl à 6,75 Mk. . . = 192,45 „
 6 „ Fleischmehl à 9,15 Mk. . . = 54,90 „
 150 „ Kartoffeln à 1,25 Mk. . . = 187,50 „
 Dazu für Stallung 12,00 Mk., Wartung 12,00 „
 Markt Feuerung 30,00 Mk. . . = 54,00 „
 Dazu für Impfung 9,00 Mk., Führen 25,00 „
 Markt, Zinsen 20,00 . . . = 54,00 „

1626,05 Mk.

Am 25. Januar und 17. Februar 1910 wurden die Schweine verkauft und wogen 35,46 Zentner à 42 und 43 Mk. = 1521,10 Mk.
 Die Mast hatte also 105,00 Mk. Verlust gebracht.

Eigentümlich ist an dieser Rechnung, daß der Mann Schweine zum Preise von 55 und 56 Mk. pro Zentner kaufte und zu 42 und 43 Mk. verkaufte. Es kommen freilich Preisrückgänge vor, aber gleich um 13 Mk. pro Zentner in 5 1/2 Monaten ist ein wenig klugig und macht die Rechnung verdächtig. Einflüchtige Landwirte pflegen so viel Ueberblick zu haben, daß sie bei sinkendem Preise nicht erst so lange warten, bis ihnen Verlust entsteht, denn sie verkaufen dann die Tiere und kaufen von neuem, wenn sie müssen wollen. Ferner: im September 1909 wurde Futtergerste in Berlin mit 7 Mk. pro Zentner verkauft und sank bis Januar auf 6,25 Mk. Warum in der Rechnung 7—8 Mk. erscheinen, bleibt ein Rätsel. Was mit „Weizenfuttermehl“ gemeint ist, wissen wir nicht. Vermutlich handelt es sich um Weizenkleie; für diese wäre 6,75 Mk. ein horrend hoher Preis. Die Kartoffeln sind mit 1,25 Mk. angelegt. Ein ganz unmöglicher Betrag, besonders wenn man beachtet, daß das Jahr 1909 eine Rekorderte brachte und unfortierte Kartoffeln für Brennzwede im Herbst jenes Jahres laut Berliner Notierung mit 1,20 Mk. zu haben waren, also weniger, als dieser Pfiffikus berechnet. Dabei bemerkt er, daß er die Mast nur betreibe, um die kleinen Kartoffeln zu verwerfen, also in gewissem Sinne den Walfall, der ihm bleibt, nachdem er fortierte Kartoffeln zu hohem Preise verkauft hat. Auch die Feuerung ist mit 30 Mk. enorm hoch berechnet, ebenso die Führen mit 25 Mk. Bei vernünftiger Rechnung würde sich der Verlust in Gewinn verwandeln, trotz des zu hohen Preises beim Ankauf der Schweine!

Es folgt eine Rechnung aus dem Jahre 1911, die gleichfalls mit Verlust abschließt, trotzdem hier die Schweine mit 42 Mk. pro Zentner gekauft, mit 47 bis 48 Mk. verkauft wurden. Hier sind aber die Abfallstoffe gar mit 2 Mk. pro Zentner angelegt, Gerstenschrot mit 8,75 Mk., Weizenfuttermehl mit 8 Mk.

Hat also die Rechnung überhaupt einen Sinn, so ist es der, daß für diesen Mäster das Geschäft unlohnend ist, weil die Futterstoffe zu teuer sind. Somit wird nur bestätigt, was wir seit Jahr und Tag wiederholen: die Fleischproduktion Deutschlands wird erschwert durch die horrenden Zölle auf Getreide und andere Futterstoffe. Für die Großgrundbesitzer, die ausschließlich eigene Futterstoffe verwenden, wirkt dagegen die Fleischproduktion enorme Profite ab, wenn man die Selbstkosten in Rechnung setzt. Folglich müssen die Zölle beseitigt werden.

Von Interesse ist aber auch noch folgendes: der Mann gibt schließlich eine Rechnung aus dem Jahre 1912. Diese schließt mit einem Gewinn von 145 Mk. Also im Jahre der schärften Futternot war das Geschäft lohnend, im Jahre 1909 bei der Rekorderte der Kartoffeln verlustbringend. Recht eigentümlich! Die Erklärung ist die: für Futterstoffe sind noch höhere Beträge gerechnet (Gerstenschrot 10 Mk., Weizenfuttermehl

folgte Reichardt. Eine Art heimliches Gefühl überkam ihn, als er in das Helle, von dem frei durchlaufenden Lagertraume des oberen Stocks abgeschlagene Kontor trat. Die drei eleganten Pulste mit ihren Sesseln, welche ihm entgegenblühten, wie der eigentümliche Schreibstuhlbengeruch mahnten ihn lebendig an eine vergangene Wirklichkeit, die er in übermühtem Leichtsinne von sich geworfen, und er fühlte jetzt erst recht, wie glücklich er wäre, in dem alten Berner seine ganze Genugtuung jenen zu dürfen.

Der alte Buchhalter räusperte eben in schüchternem Mißtrauen sein Pulst ab und wandte sich mit fragendem Blicke nach dem Eingetretenen.

„Der neue Portier, welchen Bill empfahlen hat!“ beeilte sich dieser zu melden.

„Ein Deutscher wieder?“ entgegnete der Alte grümelnd, einen neuen Wind über Reichardts ganze Erscheinung werfend, „werden wohl ebensowenig vom englisch Leben und Schreiben verstehen, als der vorige!“

„Ich hoffe, daß ich darin allen Ansprüchen genügen kann, Sir!“

„Was ich bald ausweisen, ich mag keine Not mehr damit haben. Jetzt legen Sie hier aus, aber nehmen Sie die Papiere in acht — nicht einem von den andern ist es eingefallen, daß man sich nicht in Staub und Schmutz herbeigehat!“ Mit einem anerkennenden Nicken nickte dann der Sprecherbe eines der Fenster, dem jungen Manne den Rücken zuwendend.

Reichardt sah einen Moment mit halb ratlosen Blicken an sich, er mochte seiner Brauchbarkeit nicht mit Fragen über so und wie ein ables Zeugnis geben, und doch sollte ihm noch jede Restitutionsmöglichkeit. In nächster Augenblicke aber begann er sich, einen Wesen in dem ruhigen Räume bewachen zu haben, und nach wenig Sekunden war er wieder an der ungewohnten Arbeit. Ehe er diese insofern in der äußeren Kammer fortsetzte, begann er mit dem von dem Buchhalter geschickten Fingerringel eine sorgfältige Reinigung der Tische, ließ die gefalteten Papiere in den ausgelegten Kisten sorgfältig zusammen, legte die Schreibmaterialien in geordnete Ordnung und hatte die Reinigung des Gesichts des Mannes, welches seinen letzten Berührungspunkt darstellte, zu beenden.

„Sollte die Briefe, richtig — nicht alles zu schreiben“

8,25 Mk.), aber die Mageschweine wurden im Januar zu dem sehr billigen Preise von 39 Mk. pro Zentner gekauft, im August die gemästeten Schweine zum Preise von 62 Mk. verkauft. Das bedeutet: im Januar mußten die „kleinen Leute“ die Schweine verschleudern infolge des Futtermangels, die kaufkräftigen Mäster dagegen machten dabei ein glänzendes Geschäft. Die Feststellungen aber, daß dieser Mäster im August den horrenden Preis von 62 Mk. für den Zentner erzielte, widerlegt schlagend das Gerücht der „Deutschen Tageszeitung“, wonach die Preise, die die Landwirte für ihr Vieh erzielen, nicht gestiegen sind und nur die Zwischenhändler und Fleischer das Fleisch verteuern.

Aus der Partei.

Parteigenossen!

Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher: Wilhelm Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Zuschriften, auch die betr. die Frauenagitation, zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an den Parteikassierer O. Braun, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8 zu richten. (Postfachkonto Nr. 7918 A. Gerlach, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstraße 8.)

Die Adresse des Bildungsausschusses lautet wie bisher: S. Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdeinstanz ist die aus neun Personen bestehende, im § 23 unseres Organisationsstatutes vorgeordnete Kontrollkommission gewählt worden. Sie hat sich im Anschluß an den Parteitag in Chemnitz konstituiert und sind alle Zuschriften für sie an August Raben, Gohlis bei Dresden zu richten.

Wir ersuchen die Vorstände der Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf Grund des § 3 des Organisationsstatutes und die genauen Adressen ihres Vorstehers und ihres Kassierers nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen. Ferner ersuchen wir die Landes- und Bezirksvorstände, uns nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen, wen sie nach § 20 des Organisationsstatutes zu ihrem Vertreter im Parteiausschuß bestimmt haben.

Berlin, den 27. September 1912.

Der Parteivorstand.

Unjere Toten. In Jena starb am Mittwoch der Mitbegründer der Parteiorganisationen im dritten weimarschen Wahlkreis, Genosse Reinhold Hürzer, im Alter von 51 Jahren. Hürzer war einer von denjenigen, die schon unter dem Sozialistengesetz die Gedanken des Sozialismus verbreiteten. Immer stand er in den vorderen Reihen; lange Jahre gehörte er dem Gemeinderat und die letzten Jahre auch dem Bezirksausschuß als Abgeordneter an. Seit einer Reihe von Jahren kandidierte er zum Landtage, und nur dem Klassenwahlrecht ist es zu danken, daß er nicht gewählt wurde. Bei jeder Wahl war Hürzer einer der ersten, der agitatorisch tätig war. Sein offener, unverfälschter, ehrlicher und selbstloser Charakter war besonders angetan, auf dem Lande große Erfolge zu erzielen. In Hürzer ist ein gutes Stück jener Parteigeschichte verkörpert, und die Genossen im dritten weimarschen Wahlkreis verlieren in ihm einen pflichttreuen, ehrenvollen, vortrefflich erprobten und bewährten Kämpfer.

Prozess. Vor dem Schöffengericht in Offenburger in Baden wurde am 25. ds. Mts. ein politischer Prozeß verhandelt als Nachspiel zur berühmt gewordenen Oberbürgermeisterwahl. Kläger war eine Zentrumskategorie, der frühere Realgymnasiallehrer Wegger darselbst, jetzt Professor in Freiburg. Angeklagt war die Redaktion der „Mannheimer Volksstimme“ (Genosse Kemmle), wegen eines Artikels, den die übrigen vier Angeklagten, Redakteure liberaler Blätter, sowie die Genossin Maria Geel, abgedruckt hatten. Vom Kläger war behauptet worden, er habe bei der Wahl, als das Zentrum Wahlenthaltung beschloß, Streikposten gestanden, und sei daraus unfähig zur Leitung einer Realschule. Den Beweis für letztere Behauptung lehnte das Gericht ab, weil es sich nur um ein Urteil über den Kläger handelte. Da das Streikpostenstehen nicht bewiesen wurde, kam das Gericht zu Geldstrafen von 50, 40, 30, 20 und 15 Mark.

Prozess. Von einer Streifbrecherbeleidigungsanfrage freigegeben wurde Genosse Brenner in Braunshweig. Der Braunschweiger „Volksfreund“ hatte im Mai d. J. die Namen von acht Straßenbahnangestellten veröffentlicht, die sich nach Königsberg hatten schicken lassen, um dort ihren streifenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Durch einen anderen Artikel, von dieser Mitteilung getrennt, stand in der vorhergehenden Spalte ein Lokalpartikel, der ganz allgemein gehalten war und unter Anführung bürgerlicher Stimmen die Verwerflichkeit des Streifbrecherkräftig brandmarkt. Dieser Artikel wurde von den Arbeitswilligen mit in die Klage einbezogen, obwohl sie nicht genannt waren. Der klägerische Vertreter beantragte vor dem Schöffengericht eine empfindliche Freiheitsstrafe. Genosse Brenner erklärte, daß die beiden Artikel nicht im Zusammenhang stehen. Das Gericht stimmte dieser Ansicht zu. Die in dem zweiten Artikel beanstandeten Äußerungen „Kaufpreiser“ und „verwerflicher Verrat“ seien als Sachbezeichnung und nicht in beleidigender Absicht gebraucht. Auch müsse dem Angeklagten der Schutz des § 193 Strafgesetzbuchs zugestanden werden. Aus diesen Gründen erfolgte die Freisprechung.

Aus dem Gerichtssaal.

Zunftekult. Recht schlagfertig scheinen der Rittergutsbesitzer Freiherr R. v. Düder und dessen Sohn, der Landwirt Freiherr Clemens von Düder aus Rödtinghausen bei Menden zu sein, die sich vor der Hagener Strafkammer wegen einfacher und gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatten. Dem ersten Angeklagten, welcher bereits wegen Mißhandlung vorbestraft ist, war erzählt worden, daß der in seinem Dienste stehende Tagelöhner Kaspar 16-feln Feldfrüchte vom Gute weggeschleppt habe. Am 16. November v. J. traf er den Höfelborn, wie dieser angetrunken aus einem Schuppen des Gutshofes kam. Er kielte den Mann und fragte diesen, wo er den Schnaps gestohlen habe; S. bestritt dieses und erhielt darauf von dem Freiherrn zwei Faustschläge ins Gesicht. Als sich der Mann dafür durch einen Stoß revanchierte, den er dem Freiherrn in den Rücken gab, rief dieser um Hilfe. Sofort erschien der Sohn des Freiherrn, der zweite Angeklagte, mit einem Stock, mit dem er den S. zu Boden schlug. Als S. nun bereits wehrlos am Boden lag, hatte der zweite Angeklagte noch wiederholt auf den Daliegenden losgeschlagen. Der erste Angeklagte wurde wegen vorläufiger Körperverletzung zu 50 Mark, der zweite wegen gefährlicher Körperverletzung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Gauner überall. Der Oberleutnant a. D. Johann Nagel, der langjährige Rechnungsführer und Kassierer des bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz hat dem Verein 75 000 Mark unterschlagen. Als jetzt die Anzeige drohte, hat er sich selbst der Staatsanwaltschaft gestellt. Nagel war jetzt dreizehn Jahren bei dem Verein tätig, und seine Unterschlagungen reichten auf Jahre zurück.

Blutaten. Ein wegen schwerer Nervenzerrüttung in der psychiatrischen Klinik in München untergebracht zweiter Staatsanwalt, der täglich abends Ausgang in seine Wohnung hatte, durchschnitt mit einem großen Messer seinem 4 1/2 jährigen Sohne den Hals, jedoch der Tod sofort eintrat. Der Vater wurde wieder in die Klinik eingekerkert. — In einem Münchener Hotel erschoff ein Amtsassessor aus Pfaffenhofen seine Frau und darauf sich selbst. Die näheren Umstände der Tat sind unbekannt.

Schreckliches Automobilunglück. In Salzburg ereignete sich ein schwerer Automobilunfall. Ein Lastautomobil der Brauerei Kaltenhofen, das mit vollen Bierfässern beladen war, stürzte nachmittags an einer abschüssigen Stelle um. Zwei vorübergehende Mädchen wurden unter dem umstürzenden Wagen begraben. Eines der Mädchen konnte nur noch völlig platt gedrückt als formlose Masse unter den Fässern hervorgeholt werden, das zweite wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht, wo es in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

Lebendig begraben. In Odessa verschwand vor etwa acht Jahren auf unerklärliche Weise die Frau eines gewissen Lufthantens. Gestern wurde bei Erdarbeiten das Skelett der Verstorbenen gefunden. Ihr Mann, der verhaftet wurde, gab das Verbrechen zu und erklärte offen, die Frau vor acht Jahren lebendig verscharrt zu haben.

Zwölf Arbeiter getötet! Aus Huelva (Andaluzien) wird gemeldet: In der Ferrunalgrube sind durch einen Erdrurz zwölf Arbeiter getötet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
 Sämtlich in Lübeck.

„Ist hier noch etwas für mich zu tun?“ fragte er nach rascher Beendigung der Arbeit.

„Kann noch nichts sagen — weiß überhaupt nicht, ob Sie angenommen werden,“ erwiderte der Buchhalter, sich nach seinem Pulste wendend, „müssen noch warten, bis Mr. Johnson kommt — können sich dort auf den Stuhl setzen.“

Reichardt nahm ruhig den ihm angewiesenen Platz ein, wenn auch die letzten Worte des Alten eine neue Unruhe in seine Seele gemorfen hatten. Nach den fortwährenden Fehlschlägen zur Erlangung eines dauernden Unterkommens sah er der jegliche Versuch durch den Kupferschmied fast zu schnell gescheitert, und es wäre ihm auch kaum unerwartet gekommen, wenn selbst bei den niederen Ansprüchen, welche er jetzt machte, sich neue Hindernisse in seinen Weg gestellt hätten.

Eine halbe Stunde mochte lautlos vergangen sein, als sich die Tür geräuschvoll öffnete, und ein junger Mensch, eine Operette spielend, hereintrat. Er ließ nach einem flüchtigen Blick über den wartenden streifen und warf sich dann, ohne den Hut vom Kopfe zu nehmen, auf den Schemel vor einem der Pulste. Einen Augenblick schien er die hier neu geschaffene Ordnung zu mustern, dann aber begann er mit allen zehn Fingern trommelnd die wieder angenommene Melodie zu begleiten.

Der Buchhalter, das Gesicht finstler verzogen, sah langsam auf. „Wenn Sie nicht arbeiten wollen, Sir,“ sagte er, „so sollten Sie doch wenigstens Rücksicht auf andere nehmen, die es tun.“

Der Angeredete unterbrach seine Unterhaltung. „Soll gesehen, Sir,“ erwiderte er mit einem Ausdruck gutmütiger Lasse, „wagte nicht, daß Sie in Ihrer üblen Stimmung waren, Sir, ist auch sehr unrecht das, Sir, bei einem so prächtigen Morgen — sehen Sie nur einmal hinaus, Mr. Black, ob Sie dann noch einmal so ein Gesicht ziehen können!“

„Habe an mehr zu denken, als an Ihren schönen Morgen,“ brummte der Alte, sich wieder über seine Bücher bendend, „und Ihre Briefe werden Sie wohl auch nicht damit beantworten — die weisliche Post schließt schon um zwölf Uhr.“

„Sollte die Briefe, richtig — nicht alles zu schreiben“

Zeit getan sein!“ rief der junge Mann, seinen Hut vom Kopfe reißend, „denn einmal los dafür, daß die Späne fliegen, wenn doch nicht anders sein kann!“ Bald klang wieder nur das Geräusch der sich auf dem Papiere Bewegenden Federn im Zimmer.

Jedenfalls war der Neueingetretene einer der Söhne, von denen Reichardt gesprochen, und wenn auch Reichardt über die letzte Weise, in welcher jener seinen Geschäften vorzustehen sah, innerlich den Kopf schüttelte, so fühlte er sich doch auch zu dem ganzen Wesen des jungen Menschen, in welchem sich noch die ganze Harmlosigkeit der Jugend mit einer glücklichen Laune gepaart aussprach, lebhaft hingezogen. Wenn sich in der übrigen Familie ähnliche Charaktere zeigten, so wußte der Deutsche, daß er sich trotz seiner augenblicklichen niederen Stellung zufriedener fühlen würde, als er erwartete.

Eine neue halbe Stunde mochte verfließen sein, als sich rasche Tritte auf der Treppe, welche nach der Office führte, hören ließen. Ein zweiter junger Mann, in der ganzen Eleganz der fashionablen Welt, trat mit gehobenem Kopfe, die Zigarre im Munde und die Reitpeitsche in der Hand ein, und die Familienähnlichkeit verriet dem wartenden Reichardt sofort, daß er wieder einen der Johnsons vor sich hatte.

„Sie werden erledigen, was etwa vorkommen sollte, Mr. Black,“ sagte der Eingetretene nach einem kurzen Morgenruhe, „ich habe ein Engagement, das mich bis Nachmittag aus der Stadt hält, hoffentlich wird es hier nichts von besonderer Wichtigkeit geben!“

Der Buchhalter hustete ohne aufzusehen.

„Haben Sie mir sonst noch irgend etwas zu sagen, Sir?“ fragte der erstere nach einer kurzen Pause und schlug wie in leichter Ungebunden die Reitterte gegen seine Wade.

Es ist heute der 14., begann jetzt der Alte, ohne den Kopf zu wenden, „und um elf Uhr ist Termin in der Sache gegen James Miller wegen Unterlassung der kontraktmäßig Getreidelieferung. Wenn Sie, Mr. William Johnson, der den Vertrag abgeschlossen, aus der Stadt wollen, so sehe ich keinen andern Weg, als die eingeklagte Forderung gegen den Mann fallen zu lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Condor



Unsere Condor-Schuhe für den Herbst sind überraschend kleidsam und preiswert!

Haupt-Preislagen für Damen und Herren:

7⁵⁰ 8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Kinderstiefel ■ Hausschuhe
in denkbar größter Auswahl.



Schaft- und Reitstiefel ■ Jagdstiefel
aus anerkannt wetterfestem Material.

CONRAD TACK & CIE.

G. m. b. H.

Lübeck: Breite Straße 47. Fernruf 2586.

9744



• Komitee und •
Kommissionssitzungen

Jugendausschuß.

Montag, den 30. September
abends 8 1/2 Uhr
Sitzung im Jugendheim
9780) Wahnstraße 58, I.

Wilhelmine Leege
Bruno Brock
Verlobte.

Moorgarten. Lübeck.
29. September 1912. (3718)

Für die vielen Beweise inniger
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden beim Hinscheiden meiner
lieben Frau Berta Kurtz sage
allen Beteiligten, insbesondere Herrn
Pastor Hänsel für seine trostreichen
Worte meinen herzlichsten Dank.
A. Kurtz.
9681)

Danksagung.

Für die so zahlreich bewiesene
Teilnahme bei der Beerdigung
unserer lieben Mutter u. Schwieger-
mutter Anna Bruhns Ww. sagen
wir unsern besten Dank, insbesondere
der Direktion des Lübecker Stadt-
theaters, sowie den Frauen.
9717) Die Hinterbliebenen.

Gesucht ein Laufmädchen.

9741) Dornestraße 15.

Junge Frau sucht Beschäftigung
halbe Tage.
9715) Kleine Altesstraße 21, I.

Frauen zum Maiblumenputzen
gesucht.
H. Klemm, Fackenburg.
9689)

Tüchtige Arbeiterinnen

für die Marinieranstalt ges.
Sichtsonnenfabrik
Heinr. Ihde Nachfl.
Lüpfersweg 63. (3749)

Gesucht für dauernde Arbeit ein
Malerarbeitsbursche.
9747) Rob. Niese, Lindenstr. 16a.

Ein Logis zu vermieten.
9688) Warendorfsstraße 27, I.

Ein gut möbl. Zimmer
9721) Untertrave 26, II.

Durch Zufall zum 1. Oktober oder
sofort eine kleine Wohnung.
9682) Näheres Arumstraße 24.

Zum 1. Oktober eine Wohnung
m. 3 Zim., Küche, Stall u. Garten zu
verm. Vorwerk, Bogenstr. 8a. (3709)
Gesucht v. älterem Ehepaar zum
1. Januar 1913 eine 2- bis 3-
Zimmer-Wohnung, Engelsgrube
abd. d. Nähe. Angeb. m. Preis unt.
K 22 an die Exp. d. Bl. (9696)
Gebrauchtes, großes Sofa zu ver-
kaufen. (3707)
Waffenhoffstr. 25, I. Et. L.

9781) Winterüberzieher für mittlere
Figur bill. z. verk. Delenenstr. 10.
Guterhalt. Glamm. Petroleum-
kocher billig zu verkaufen.
9698) Brolmstr. 44, I. Et. rechts.

Zu verk. ein gut erhalt. weißer
Kachelofen mit Kasten. (3719)
Näheres Engelswisch 31, v.

Jackett und Boa

für gr. Schulmädchen zu verkaufen.
3725) Schützenstr. 60.

Neue doppelreihige Klaviere für
Grammophon, klare Wiebergabe,
besonders billig zu verkaufen, sowie
ein Winterpaletot für 6 Mk.
3711) An der Mauer 106, part. I.

2 Betten u. 1 Waschkommode
billig zu verkaufen.
3684) Düggstraße 54, I.

Zusammenlegb. Sportwagen

mit Gummireifen zu verkaufen.
3704) Klappenstraße 20, I.

Guterhaltene Sportkarre billig
zu verkaufen. (3694)
Kackebura, Seeburgerstr. 26.

Ein Kinderwagen auf Gummi
billig zu verkaufen.
3692) Grunstraße 20, Burgtor.

Ein sehr gut erhaltenes Eis- und
Eisgewagen ist billig zu verkaufen.
3695) Wulfstraße 12, I.

Ein Paletot für Knaben im
Alter von 4 Jahren zu verkaufen.
3693) Feldstraße 27, II.

Billig zu verkaufen Herren-
Winterpaletot u. eine Hängelampe.
3720) Langer Lohberg 20, 2. St.

Eine Puppenküche und eine drei-
flammiige Petroleummaschine sind
billig zu verk. Kanalstr. 6, II. (3687)

Himbeersträucher

billig zu verkaufen.
3688) Schützenstr. 20 a. ptr.

Kürbisse zu verkaufen. Pfund
4 Bfg. (3724) Gieswistraße 40, D.

Guterh. W. Mäher sowie Anzug
(Maßarbeit), mittlere Figur, billig
zu verkaufen.
3716) Reiferstr. 31a, v.

Zu verk. 11. Haus, 2 Wohnungen,
a 3 Zimmer, Keller u. Boden.
3714) Näh. Klappenstr. 10 a.

Haus

morin seit langen Jahren eine
Krämerlei mit gutem Erfolg betrieben
wurde, soll sofort billig verkauft
werden. Passend als Nebenberuf
für die Frau. Käufer wohnt fast
frei. (3614)

H. Busch, Huxstraße 123.
Krensfeld, Kirchenstr. (3475)
Bill. Waapl., 10 Min. v. d. el. Bahn.
H. Heinr. Soros, Breite Str. 52 u. Schm.

2 neue Nähmaschinen
für Handbetrieb, realer Wert 25
resp. 56 Mk. für 19 und 31 Mk. zu
verkaufen. Johann Dittmer,
3602) Drägerstraße 12 a.

Junge Kanarienhähne billig zu
verkaufen.
3712) Meierstraße 38.

1 Hahn u. 9 Hühner,
schwarze Minorca, zu verkaufen.
3722) Krensdorfer Allee 56.

Fahrräder

Mäntel, Schläuche, Laternen, sämt-
liche Ersatzteile usw., Reparaturen
sehr billig. (3710)
M. Schultz, Wakenitzmuer 5.

Verloren eine Brosche m. Herren-
Bild von Untertrave bis Segeberg-
straße. Abzugeben geg. Belohnung
3742) Segebergstr. 22.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
3740) Dornestraße 15.

Berliner

Volts-Zeitung

Täglich 2 Ausgaben

mit den Beiblättern:

ULK weltbekanntes, farbig illustriertes
Wißblatt (8 Seiten)

Illustr. Familien-Zeitung
mit aktuellen Bildern, Romanen usw. (16 S.)

Illustr. Kinder-Zeitung
mit lustigen Bildern, Erzählung., Spielen (8 S.)

Tägl. Unterhaltungsblatt
m. Romanen u. Abhandlungen a. all. Gebieten

Man abonniert bei allen Postanstalten
zum Preise von 90 Pfennig monatlich

Probenummern an jedermann kosten-
frei von der Expedition Berlin SW. 19,
Jerusalemmer Straße 46/49. (3308)

Mehr als 85000 Abonnenten.

Hüte z. Garnieren u. Moderni-
sieren erbittet bald (3706)
E. Rieckermann Wwe.,
10. Wohnung Marlesgrube 31 33.

Musgelaumtes Haar
wird gekauft Damen-Frisier-Salon,
3196) Breite Straße 54.

Wer Chauffeur
werden will, verlange kostenlos
Prospekt. Stellung vertraglich ge-
röntert. (3570)
Automobilwerk, Bernburg. (Anh.)

Chr. Dettmann, Schneidermstr.,
mohnt jetzt (3697)
Trabelmannstraße 30, I. links.
Dafelbit ein frdl. Zimmer z. verm.
Empfehle mich als (3691)

Schneiderin.
Frau Dahm, Kremkamp 7.

Herzlicher Sonntagsdienst
am 29. Sept. von 1 Uhr ab. (3705)
Dr. med. Schwarzweiler, Breitestr. 1, I.
Dr. med. v. Thaden, Breitestraße 29.
Dr. med. Fr. Christern, Karpfenstr. 4.

Größerer Posten (3690)
EB-Kartoffeln
(Magnum-bonum u. Industrie) hat
abzugeben
H. Klemm, Fackenburg.

Feinste Meiereibutter
Pfund 1,32 Mk.
3726) Fritz Frahm, Düggstr. 13.

Zigarren, Zigaretten,
Rauch- u. Kautabake
in jeder Preislage empfiehlt
Hugo Beuthien,
3740) Dornestraße 15.

Auf
Kredit

Möbel

im Preise v. 65 Mk., Anz. 6 Mk.
im Preise v. 98 Mk., Anz. 10 Mk.
im Preise v. 128 Mk., Anz. 15 Mk.
im Preise v. 200 Mk., Anz. 20 Mk.

Einzelne Möbel
sowie

Kinderwagen etc.
von 5 Mk. Anzahlung an.

Herren-Anzüge
u. Paletots 3713

von 5 Mk. Anzahlung an

Damen-Konfektion
Kleiderstoffe, Gardinen, Teppiche,
Feder-Betten.

Lübeck's Ältestes u.
größtes Kredithaus

H. Kesten
Holstenstr. 17, I.

Ohrenklümpchen werden eingeflochten
Wakenitzmuer 122 ptr. (3686)

Goldene und silb. Uhren
269) gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft,
Agidienstr. 35.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder
Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr.
102) 65 Pfg.

Einsegel

95) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Friedr. Franz-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Eintritt frei.

3728) Endstation Krankenhaus.
Ende 1 Uhr.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
3729) J. Rieck.

Achtung!
Fabrikarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
(Distrikt Krensfeld.)

Versammlung

am Sonnabend, d. 28. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht von der Gaukonferenz.
3. Berichtedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
3733) Die Distriktsleitung.

Achtung! Schauerleute

Sektions-Versammlung
am Montag, d. 30. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Wahl eines Schriftführers.
2. Bericht der Lohnkommission.
3. Berichtedenes.
Zahlreiches Erscheinen der
legen ist wegen der wichtigen Tages-
ordnung notwendig. (3734)
Der Vorstand

Für Brautleute!

3 Schlager:

Kompl. Wohnungseinrichtung 295.— Mk.

Wohnzimmer
1 Sofa
1 Tisch
1 Vertiko
4 Stühle

Schlafzimmer
2 Betten engl.
1 Kleiderschrank
1 Waschtisch
2 Stühle

Küche
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Stühle

Teilzahlung

wöchentlich 2.— Mk.

Kompl. Wohnungseinrichtung 625.— Mk.

Wohnzimmer
1 Sofa
1 Ausziehtisch
1 Vertiko mit Spiegel
1 Trumeau
6 Stühle

Schlafzimmer
2 engl. Betten
1 engl. Kleiderschrank
1 zweitür. Waschtisch
1 Spiegel
2 Stühle

Küche
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Stühle
1 Handtuchhalter

Teilzahlung

pro Woche 4.— Mk.

Kompl. Wohnungseinrichtung 750.— Mk.

Wohnzimmer
1 Plüschgarnitur
besteh. aus 1 Sofa u.
4 Polsterstühlen
1 Ausziehtisch
1 Vertiko, 1 Trumeau

Schlafzimmer
2 engl. Betten
1 engl. Kleiderschrank
1 Waschtisch
2 Stühle

Küche
1 Küchenschrank
1 Küchentisch
2 Stühle
1 Handtuchhalter

Teilzahlung

wöchentlich 5.— Mk.

Einzelne Möbel:

Bettstellen
Kleiderschränke
Tische
Büfettis
Vertikos
Sofas
Garnituren

Trumeaus
Flurgarderoben
Bücherschränke
Schreibtische
Diplomaten
Stühle usw.
Teppiche

Spezialität:

Kompl. Schlafzimmer
„ Wohnzimmer
„ Speisezimmer
„ Herrenzimmer
„ Salons

Teilzahlung

von wöchentl. 1.— Mk. an.

Besichtigung ohne Kaufzwang.

(3745)

Siegfried Ittmann,

Breite Straße 33, I. Etage.

Steinsetzer u. Berufsgenossen

Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Einladung zum BALL

am Sonntag, d. 29. September,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pf., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pf., wofür Garderobe.

(3476)

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Ballmusik.

Adlershorst.

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Wakenitz-Bellevue.

Sonntag, d. 29. Septbr.

Großes Tanzkränzchen

(volle Ballmusik).
H. Fürbötter.

Schlutup.

Gasthof

„zum weißen Schwan“

Inh.: R. Böge. (2472)

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Gute Speisen. H. Bier.
Neu-Bauerhof.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. (1894) Gustav Gipp.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

Stiftungsfest

am Sonnabend, dem 2. November 1912,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Das Komitee.

Hansa-Theater.

8 1/2 Uhr. Täglich Gastspiel 8 1/2 Uhr.

Otto Reutter

nebst 10 Spezialitäten.

Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Gr. Fremden- u. Volksvorstellung

zu kleinen Preisen.
Abends 8 1/2 Uhr: **Otto-Reutter-Gastspiel.**

Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.
Abends 11 Uhr. Kabarett. Abends 11 Uhr. (3734)
Norddeutschlands schönstes und vornehmstes Kabarett.
Gute Weine! Die ganze Nacht geöffnet! Gute Weine!

Gasthof zur Börse

Seeretz.
Zu dem am 29. September
stattfindenden

Preisregen und Schießen

ladet freundlichst ein (3688)
Anfang 2 Uhr. E. Wendt.

Großes Erntefest

am Sonntag, d. 29. Septbr.
Hierzu ladet freundl. ein (3688)
Groß-Parin. E. Dettmann.

Kaffeehaus Moising.

Sonntag: (3680)
Rekrutenabschiedsfeier

Zur alten Post, Moising.

Sonntag, d. 29. Septbr.:
Großes Familien-Kränzchen.

Wozu freundlichst einladet
(3732) C. Hoyer.

Moorgarten.

Sonntag, den 6. Oktober:
Groß. Tanzvergnügen.

Hierzu ladet freundlichst ein
(3708) F. Wehrend.

Hotel Kronprinz

Schwartau.
Am Sonntag, d. 29. Septbr.

Große Tanzmusik.

(3708) Johs. Piquardt

Weißer Engel.

Sonntag, den 29. September:
Grosser Abschiedstanz.

Sonntag, den 29. und Montag
den 30. September:

Großes

Abschieds-Preisverkegeln.

(Feste Preise.)
Um gütigen Zuspruch bittet
(3723) Fritz Hildebrand.

Kalibergs

Variete u. Kabarett.

3739 Morgen Sonntag
Beginn 7 Uhr

Zum vorletzten Male:
Diese jetzige humorist.

Künstler-Serie.

Nach der Vorstellung:
Kabarett bei freiem Eintritt.

Konzerthaus

Zauberflöte

HEUTE (Sonntag):
Großes Extra-Konzert

der erstklassigen 3737
Musik- und Gesangsgruppe
„Martha“

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei.
Dienstag: Neue Kapelle.

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 29. September.

12. Brst. i. B.-A. 12. Brst. i. B.-A.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr

Figaros Hochzeit.

Romische Oper von Mozart.
Große Preise.

Montag, den 30. September.
13. Brst. i. B.-A. 2. Brst. i. Mont.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Samson und Dalila.

Oper von Saint-Saëns. (3701)
Große Preise.

Dienstag, den 1. Oktober.
14. Brst. i. B.-A. 3. Brst. i. Dienst.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Donna Diana.

Lustspiel von Dorefo.
In Vorbereitung:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.

Bueck macht scharf gegen den Arbeiterschutz.

Der vom Zentralverband der Großindustriellen mit einem Ministergehalt pensionierte Generalsekretär a. D. Henry Ugel Bueck kann das Scharfmachen nicht lassen. Im illustrierten „Tag“ (Nr. 216) wendet er sich mit all dem Hochmut und der Dreistigkeit, die seinesgleichen kennzeichnet, gegen einen gesetzlichen Schutz der Arbeiter in der Groß-Eisenindustrie. Einen dieses Thema behandelnden Artikel des Zentrumsabg. Giesberts im „Tag“ (Nr. 198) nimmt Bueck zum Anlaß, um der Regierung öffentlich zu erklären, daß sie sich nicht unterstellen solle, an die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Hüttenwerken heranzutreten.

Der Artikel des Herrn Bueck strotzt von Unrichtigkeiten. Er beweist — das ist die mildeste Auslegung — eine bedeutende Unkenntnis des Verfassers mit der von ihm behandelten Materie, darum wirkt es komisch, wenn Bueck hochmütig den von ihm genannten bürgerlichen Sozialtheoretikern die Kenntnis der Hüttenwerkpraxis abspriecht, weil sie „industriefremd“ seien. Das wirkt doppelt komisch, wenn man weiß, daß der „industriekundige“ Herr Bueck von Hause aus „lateinischer Ökonomiker“ ist. Aber er denkt gewiß, wenn die Industrieherrn ein Amt geben, dem geben sie auch Industrieverstand.

Total falsch ist, was Bueck von der Arbeitszeit in den Feuerbetrieben behauptet. Die bei Schilderung der Hüttenarbeiterzustände sehr vorsichtigen Gewerbeinspektoren geben mit wenigen Ausnahmen die Zwölfstundenschicht als die übliche an. Bueck interpretiert nun, darunter sei nicht „Arbeitszeit“ zu verstehen, diese sei infolge der heutigen Betriebspausen im Durchschnitt für die Hüttenarbeiter „kaum eine achtstündige“. Diese Versicherung wird in den Reihen der Hüttenarbeiter Staunen und Hohngelächter auslösen.

Der Arbeiter muß 12 Stunden ununterbrochen der Betriebsleitung zur Verfügung stehen, er darf während dieser Zeit die Betriebsanlagen nicht verlassen. Die Vorschrift über die Ruhepausen in der Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 ist so dehnbar, daß in der Praxis selbst unerwartete Betriebsstörungen von 10—15 Minuten als Ruhepausen angerechnet werden. Im Regierungsbezirk Arnberg sind laut Bericht des Gewerbeinspektors 1911 auch „neuerdings kürzere als viertelstündige Arbeitsunterbrechungen“ auf Grund des § 3 Absatz 1 der Bundesratsverordnung als anrechnungsfähige Arbeitspausen betrachtet worden. Nun muß man aber nicht denken, daß während dieser Arbeitsunterbrechungen gar nichts gemacht wird. Nein, sie werden in der Regel zur Vornahme schleuniger Reparaturen ausgenutzt, deren Notwendigkeit ja häufig die Arbeitsunterbrechung herbeigeführt hat. Entscheidend ist, daß die Arbeiter 12 Stunden für den Werksdienst verpflichtet sind, und den Betrieb nicht verlassen dürfen. Die Behauptung des Herrn Bueck, von vielen Arbeitern der Tageschicht würde die Mittagsmahlzeit in ihrem Heim eingenommen, trifft für die Feuerarbeiter, um die es sich in erster Linie handelt, nicht zu! In den meisten Werken haben diese Arbeiter nicht einmal einen Platz, wo sie außerhalb des Betriebsdunkles und des Betriebsdrucks ihr Mittagessen einnehmen können. Wenn Herr Bueck die Arbeitsverhältnisse in den Feuerbetrieben wirklich kennen würde, dürfte er nicht eine Ruhepause auch nur von wenigen Minuten als eine Erholung für die Arbeiter betrachten.

Einfach hanebüchen ist das, was Bueck an Schönfärberei über die Überschicht leistet. Nach ihm scheinen sie kaum nennenswert. In Wirklichkeit ist es anders. Der Gewerbeinspektor für den Regierungsbezirk Opperl berichtet, 1911 hätten 14 950 von den 33 097 Arbeitern in der Groß-Eisenindustrie außer ihrer 12stündigen Schicht noch Überstunden geleistet. Im Regierungsbezirk Düsseldorf waren 66 717 Arbeiter in der Groß-Eisenindustrie beschäftigt, wovon 35 551 Überstunden machten. Von den 53 731 Hüttenwerksarbeitern im Regierungsbezirk Arnberg machten 26 597 Überstunden. Was infolge der Überzeitarbeit für eine Schichtdauer herauskommt, sagt uns der Gewerbeinspektor für den Regierungsbezirk Köln: Hier bewirkte die Überzeitarbeit in 6300 Fällen eine Schichtdauer von mehr als 16 Stunden!

Herr Bueck will glauben machen, das Verzeichnis der Überstunden würde sozusagen überpeinlich genau geführt. Auch behauptet er, „nach der bisher geltenden allgemeinen (!) Auffassung und dem Sprachgebrauch“ sei Sonntagsarbeit nicht als Überzeitarbeit anzusehen! Ein interessantes Bekenntnis. Allgemeine Auffassung ist, daß die Woche sechs Arbeitstage hat und der Sonntag ein Ruhetag sein soll. Das kommt auch in der Praxis der Versicherungsbesetze zum Ausdruck, indem hier das Jahr zu 300 Arbeitstagen berechnet wird. Dies Rechenexempel macht übrigens Herr Bueck später in seinem Artikel selber auf, indem er die wöchentliche Arbeitsstundenzahl anführt. Hier rechnet auch er nur 6 Arbeitstage pro Woche. Als er aber das Überstundenwesen beschönigen wollte, da soll auf einmal die Arbeitswoche sieben-tägig sein, die Sonntagsarbeit nicht zur Überschichtarbeit gerechnet werden dürfen.

In der Werkspraxis verhält es sich nach den vorliegenden Berichten der Gewerbeinspektoren mit der „genauen“ Kontrolle der Überschicht so, daß in zahlreichsten Fällen die vorgeschriebene Registrierung der Überzeitarbeit unterbleibt und daß nicht einmal die farg bemessene Mindestruhezeit eingehalten

wird! In einem einzigen Blechwalzwerk im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden 104 Fälle von polizeiwidriger Nichterhaltung der Mindestruhezeit ermittelt. Hier war in einer großen Zahl dieser Fälle von den Arbeitern 3 Schichten hintereinander, also 36 Stunden gearbeitet worden! Im Bezirk Unna ergab die amtliche Schichtkontrolle, daß nur ein geringer Teil der Überzeitarbeit eingetragen war und in wiederholten Fällen Arbeiter sogar 48 Stunden gearbeitet haben!!

Damit vergleiche man die Schönfärberei des „Industriefenners“ Bueck. Ob die betreffenden Arbeiter freiwillig oder gezwungen diese Schinderei ertragen haben, darauf kommt es für den Gesetzgeber, der die Vernichtung der Arbeitergesundheit zu verhüten hat, gar nicht an. Ihn muß auch kalt lassen, die von Bueck erneut erhobene, die Arbeiterschaft schwer beschimpfende Behauptung, die unlegungbar erschreckend hohen Krankheits- und Unfallziffern unter den Hüttenwerksarbeitern seien auf „Rentenhysterie und Simulation, die sich bereits zu einer fürchtbaren Gefahren mit sich führenden Seuche (!) in den unteren Volksklassen ausgebildet habe“, zurückzuführen. Statt sachliches Eingehen auf die unbestreitbar erschreckend hohe Gefährdung der Arbeitergesundheit, freche Beleidigung der Arbeiter, das ist die „moralisierende“ Sozialpolitik des Oberscharfmachers Bueck. Eine Anzahl Werkspensionen, zu denen die Arbeiter die Beitragshälfte steuern, gewähren den Feuerbetriebsarbeitern bis 5 Jahre eher Pensionsanrechte wie den übrigen Werksarbeitern, weil die frühere Invalidität der Feuerbetriebsarbeiter notorisch ist. Und da wagt es Herr Bueck, ausgerechnet diese Feuerbetriebsarbeiter „als das Urbild des kraftvollen, leistungsfähigen, frischen Arbeiters“ vorzustellen! Eine großartige Phantastik!

Die Einführung der Achtstundenschicht für die Feuerbetriebe erklärt Herr Bueck aus technischen und finanziellen Gründen schlechterdings als unmöglich. Da zeigt sich wieder die Industriekennntnis des Herrn. Die „unmögliche“ Achtstundenschicht besteht bereits in einigen deutschen Hüttenbetrieben, ganz zu schweigen von den amerikanischen und englischen Vorgängern. Im Hochofenanlagen achtstündig, das heißt in drei Schichten. In Lothringen hatte vor Jahren ein einschichtiger Hüttenbetriebsleiter die Schicht von 12 auf 10 Stunden verkürzt. Er machte damit so gute finanzielle Erfahrungen, daß er den Werksaktionären vorschlug, zur Achtstundenschicht überzugehen. Diese Herren aber widersprachen nicht nur diesem Vorschlag, sondern befahlen dem Werksdirektor, wieder zur Zwölfstundenschicht überzugehen, da „man“ das Streben der Arbeiter nach Schichtverkürzung nicht unterstützen dürfe! Herr Bueck kennt diesen für die soziale Gesinnung gewisser Industrieherrn charakteristischen Fall doch auch?

Natürlich behauptet Bueck nochmals, die Industrie werde fast schon erdrückt mit sozialen Lasten, daher dürfe kein Hüttenarbeiterzuschlag kommen. Daß ein besserer Arbeiterschutz die „Industrie“ stärker belasten würde, ist nach den guten finanziellen Erfahrungen der Werksleiter, die schon die Achtstundenschicht praktizieren, mindestens fraglich. Aber Herr Bueck konnte sich kaum eine ungünstigere Zeit für seine Klagen über „unerträgliche soziale Lasten“ aussuchen, als die jetzige, wo fast jeder Geschäftsbericht eine kolossale Überschusssteigerung gerade der Hüttenwerke verzeichnet. Die Reingewinne sind vielfach so hoch, daß ungewöhnlich hohe Summen in die Reservefonds verfließt werden müssen, damit nicht durch die Bekanntgabe einer noch höheren als der beschlossenen Dividendenzahlung die „Begehrlichkeit der Masse“ aufgeweckt wird.

In einer Hinsicht trifft der Bueck-Artikel den Nagel auf den Kopf, wenn er unverblümt ausspricht, das Auftreten des Zentrumsabgeordneten Giesberts sei von der Sucht diktiert, der sozialdemokratischen Agitation für ein Hüttenarbeiterzuschlag den Rang abzulaufen. Wenn Bueck auch formell gegen Herrn Giesberts polemisiert, dem kundigen Thebaner ist wohl bekannt, daß von einem Mann wie dem genannten Zentrumsabgeordneten die Hüttenbesitzer keine ernstliche Beschneidung ihrer Ausbeutungsmacht zu befürchten haben. Vor der Entscheidung schlägt Herr Giesberts „sozialpolitischen“ Tamtam, riskiert auch eine ultraradikale Lippe. Kommt es aber im Parlament zur endgültigen Abstimmung über unzuweidende, zeitgemäße Arbeiterschutzbestimmungen, dann findet Herr Giesberts schon noch den Anstoß an die papierne „Sozialpolitik“ der schwarz-blauen und blau-gelben Unternehmerrücklinge. Die ganze parlamentarische Tätigkeit des Herrn Giesberts ist eine fast fortläufige Kette von ganzen und halben Umfällen auf die Seite der „Sozialreformer“, die mit ihrem Klassenempfinden dem kapitalistischen Unternehmer näherstehen, als dem Arbeiter. Das weiß Herr Bueck besser, wie irgend ein anderer Mensch, da ihm nicht nur die manchmal „radikalen“ öffentlichen Kundgebungen des Herrn Giesberts bekannt sind, sondern auch die maßgebenden Persönlichkeiten, die es hinter den Kulissen fertig bringen, den „christlich-nationalen Arbeiterführer“ rechtzeitig von der „Undurchführbarkeit“ der Arbeiterforderungen zu überzeugen. Herr Bueck weiß, daß ohne das vorausgegangene Eintreten der Sozialdemokraten für den Hüttenarbeiterzuschlag kein Zentrumssozialpolitiker sich für diese schwerleidende Arbeiterkategorie in rednerische oder schriftstellerische Unkosten kürzen würde.

Gewerkschaftsbewegung.

In der Gebetsbuchfabrik und Großbuchbinderei von Schäffer in Grünstadt haben die Mitglieder des Buchbinderverbandes gekündigt, weil die Firma fortgesetzt die Verbandsmitglieder drangsalirt, maßregelt und ihren Arbeitern und Arbeiterinnen nicht das gesetzliche Koalitionsrecht gestattet will. Sobald jemand — auch außerhalb des Betriebes — für den Verband agitiert, konnte er mit Sicherheit darauf rechnen, daß seines Weibens im Betriebe nicht mehr lange war, denn unter irgend einem Vorwand wurde er entlassen, obgleich der Sohn der Firmentinhaberin als liberaler Mann bei den letzten bayrischen Landtagswahlen öffentlich für das Koalitionsrecht der Arbeiter eingetreten war. Jetzt aber, wo es sich um den eigenen Betrieb handelt, kann sich der Herr nicht dazu aufschwingen, auch seinen Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Recht der gewerkschaftlichen Vereinigung zuzugestehen. Da auch die Löhne im Schäfferschen Betriebe viel zu wünschen übrig lassen und besonders die Akkordlöhne sehr niedrige sind, Schutzvorrichtungen an gefährlichen Maschinen fehlen, die Ausbildung der Lehrlinge eine sehr mangelhafte ist — mußte doch jetzt ein Lehrling ein halbes Jahr nachlernen, weil er die Gesellenprüfung nicht bestand — so war nicht nur die Geduld der Verbandsmitglieder erschöpft, sondern auch die Grünstädter Arbeiter haben sowohl in der Presse wie auch in einer imposanten Versammlung gegen die Praktiken der Firma Schäffer Stellung genommen. Da die Firma auch Arbeiter anderer Berufe zu Hausreiserdiensten suchen wird, seien auch diese hiermit vor Arbeitsannahme bei Schäffer gewarnt.

Ein neuer Tarifabschluß der Steinseher in Mainz und Umgebung. Der Stundenlohn der Pfalterer, der seither 60 Pfg. für die Hilfsarbeiter 48 Pfg. betrug, fand durch den neuabgeschlossenen Tarif eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung. Die Steinseher erhalten vom 1. April 1913 bis Ende März 1914 einen Stundenlohn von 67 Pfg., der im folgenden Jahr auf 71 Pfg. steigt. Die Hilfsarbeiter bekommen vom 1. April 1913 bis Ende März 1914 einen Stundenlohn von 50 Pfg., der im Jahre 1915 auf 52 Pfg. steigt. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden.

Der Kampf zwischen den „Christlich-Nationalen“ und den Gelben im Ruhrgebiet. Der Konkurrenzkampf zwischen den Christen blauer und schwarzer Couleur auf der einen Seite und den Gelben auf der anderen Seite nimmt im Ruhrgebiet immer schärfere Formen an. Dadurch, daß der von den Scharfmachern des Wahlkreises Bochum auf den Schild erhobene Reichstagsabgeordnete Heckmann in diesem Streit sich auf die Seite der Gegner der gelben Werkvereine stellt, erhält der Streit noch eine besonders interessante Seite. Wir berichteten unlängst, daß die blauen und schwarzen Christen sich Heckmann zu einem großen Gewerkschaftsfest geladen hatten, das als eine Kundgebung gegen die Gelben gedacht worden war und daß Heckmann dort sich in heftigen Ausdrücken gegen den „Reiß“ gewendet, den man in die „christlich-nationale“ Arbeiterbewegung hineintreiben wolle. Das Organ der Gelben, der „Werkverein“, war von diesem Seitensprung ihres Freundes natürlich sehr unangenehm überrascht. In seiner Nummer 37 vom 18. September suchte es mit süß-saurer Miene seine Leser glauben zu machen, daß die Rede Heckmanns doch die schönste gelbe Rede sei, die man sich denken könne. Obwohl die Ausführungen Heckmanns gar keinen Zweifel darüber ließen, wen er mit dem „Reiß“ gemeint, und an wessen Adresse seine Verwahrung gegen die gelbe Organisation gerichtet war, brachte das Blatt den verzweifelten Versuch fertig, so zu tun, als ob Heckmann die Berliner Zentrumschriften gemeint habe. Inzwischen liegt nun eine schriftliche Äußerung Heckmanns zu der Sache vor, die jeden Zweifel ausschließt. Die schwarzen und blauen Christen in Hagen hatten sich in ihrer Sorge um die gelbe Konkurrenz zusammen getan, um eine „machttolle Kundgebung“ gegen den gelben Störenfried zu veranstalten. Zu diesem Zwecke hatten sie für den letzten Sonntag eine große gemeinsame Versammlung nach dem evangelischen Vereinshaus einberufen und u. a. auch Herrn Heckmann gebeten, ein Referat zu übernehmen. Heckmann hat der Einladung nicht Folge leisten können, weil sein Gesundheitszustand sich wieder derart verschlimmert hat, daß er das Bergmannsheil hat aufsuchen müssen. Dafür hat er seine Stellung zu den Gelben, oder richtiger gesagt, zu der organisierten Bewegung der Gelben, in einem Briefe präzisiert, den der Versammlungsleiter in Hagen mit Vergnügen verlesen hat. Der Brief lautet:

„Werter Kollege! Bin leider zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Deiner Bitte, nach Hagen zu kommen, Folge zu leisten. Mein Gesundheitszustand läßt es nicht zu.“

Wie ich lese, will man auch dort die gelbe Bewegung. Ein trauriges Zeichen unserer Zeit. Uns fehlen Männer, Charaktere unter den Arbeitern; dies macht sich überall, besonders im politischen Leben, bemerkbar. Vielfach ist der Arbeiter das willenlose Werkzeug der Sozialdemokratie und der ihr gefügigen „freien“ Gewerkschaftsbewegung geworden. Aus diesen Fesseln die Arbeiterschaft zu befreien, muß Aufgabe jedes Arbeiter- und Vaterlandsfreundes sein; und wer es hiermit ehrlich meint, der unterstützt die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Auch die Industrie sollte sich von diesen Gedanken leiten lassen. Eine selbständige Arbeiterschaft mit einem Pflichtgefühl gegenüber dem Arbeitgeber kommt der Industrie letzten Endes wieder zugute, allerdings will eine solche erzogene Arbeiterschaft auch ihr zutreffendes Recht. Wer wollte das dem Arbeiter wehren? Nur unser Recht, unsere Pflicht erfüllen wir gerne. Mit der Industrie wollen wir zusammen arbeiten zum Gemeinwohl; wir können nur wünschen, daß es der Industrie gut geht, denn zuletzt hängt unsere wirtschaftliche Lage doch nur von dem Wohlstand der Industrie ab. Für völlig verfehlt müssen wir es ansehen, wenn die Industrie glaubt, durch gelbe Kundgebungen sich zu sichern oder gar zu verbessern. Die Sozialdemokratie wird wieder Nutzen für sich suchen zu gewinnen. Ihr entgegen zu arbeiten, ist der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gegeben. Möge man uns verstehen!

K. Heckmann, Bochum.

Das Bemerkenswerteste an diesem Briefe ist, daß Heckmann sich nach wie vor mit aller Schärfe gegen die organisierte gelbe Bewegung wendet, die er — darin stimmen wir ihm ausnahmsweise zu — ein trauriges Zeichen der Zeit nennt. Wie wird der „Werkverein“ und wie werden Heckmanns Gönner sich mit dieser unzuweidenden Absage an die gelbe Bewegung abfinden?

